

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 8. Juni 1929
11. Jahrg. Nummer 130

Verlag täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis: wöchentlich 0,60 RM., monatlich 2,00 RM., Einzelnummern 10 Pf. Druck die Post bezogen monatlich 2,00 RM., unregelmäßig 2,00 RM. Anzeigenpreis: Die dreispaltige Mittelzeile oben deren Raum 12 Pf., Vereins- und Werbefestungsanzeigen 8 Pf., Wollwarenpreis: Die dreispaltige Mittelzeile oben deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 1 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzer Str. 60. Tel. 500 30.
Postkassendirektion: Breslau 544, Reichstr. Breslau, Kreuzer
Str. 60. Tel. 225 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-18
Montags bis Freitag von 12-18 Uhr. Filialredaktionen:
Görlitz, Wertheim, 20. Tel. 4085; Oppeln, Wallstraße 11, Tel. 1364;
Görlitz, Markt 6. Telefon 2854. Geschäftsstelle von 8-12 Uhr. Geschäfts-
stelle am Hauptverlagort Breslau. — Verleger: Schöler, Verlagsdirektor
m. B. Breslau. — Druck: „Neubau“, Berlin, Fil. Breslau, Kreuzer Str. 60.

Die Sozialdemokraten ermöglichen: Annahme der 2. Panzerkreuzerrate! Konkordat auch mit der evangelischen Kirche

11. Berlin, 7. Juni. Der Haushaltsausschuss des Reichstages nahm in seiner Abend Sitzung am Donnerstag den gesamten Marinehaushalt ohne Aenderung an. Der Antrag der Kommunisten auf Streichung der zweiten Rate des Panzerkreuzers wurde mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Da von den bürgerlichen Regierungsparteien vier Mitglieder fehlten, wurde die Ablehnung des Antrages nur dadurch ermöglicht, daß sich drei Vertreter der Sozialdemokraten der Stimme enthielten.

Acht Tage nach Magdeburg unterstreicht die Sozialdemokratie durch Ermöglichung der Annahme des Panzerkreuzers, daß sie nicht nur „theoretisch“ für Aufrüstung ist, sondern bereit ist, der deutschen Bourgeoisie die Aufbringung aller Mittel zu ermöglichen, die sie für die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion benötigt. Die Form der Stimmenthaltung zur Verdeckung der Zustimmung, die praktisch bereits durch die Annahme des Etats erfolgte, ist eine schlecht geschminkte Komödie.

Verflechtung der Arbeitslosenversicherung, neue Wucherzölle, Panzerkreuzer und Konkordat, das sind die letzten Früchte vom saulen Baum der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Ein Massenprotest der Beschäftigten muß gegen die letzten Schandtatzen der SPD-Führer entfacht werden.

Berlin, 6. Juni.

Wie zu den für Freitag in Aussicht genommenen Konkordatsbesprechungen im preußischen Staatsministerium mitgeteilt wird, hat die römische Kurie dem Entwurf zugestimmt. Ebenso soll die Frage der Mehrheitsbildung im preußischen Parlament gelöst sein.

Es haben nämlich in der Zwischenzeit Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei stattgefunden. Für die Volkspartei kam als entscheidendes „Argument“ die Tatsache, daß die evangelische Kirche inzwischen in einer Eingabe an die preußische Staats-

regierung eine „Neuregelung auch ihres Verhältnisses zum Staat“, also ebenfalls ein Konkordat gefordert hat. Mit den Verhandlungen hierüber dürfte man bald beginnen. Die neueste Schöpfung ist die Erklärung, daß für die Verabschiedung des Konkordats mit dem Papst im Preussischen Landtag die einfache Mehrheit ausreichen würde. Es wäre danach der Volkspartei möglich, Stimmenthaltung zu üben und doch nicht das Konkordat zu gefährden.

Als vor Monaten die ersten Gerüchte über die Konkordatsverhandlungen zwischen dem Ministerpräsidenten Braun und dem römischen Papstismus an die Öffentlichkeit gelangten, waren es die deutschen nationalen und völksparteilichen Kreise im Landtag, die als die parlamentarischen Vertreter der hinter ihnen stehenden evangelischen Kirchenverbände Lärm schlugen und die Öffentlichkeit auf den hinter den Regierungskulissen vor sich gehenden Konkordatsgeschacher hinwiesen. Dieses antikonfordäre Lärm schlagen jedoch entsprang nicht etwa der Absicht, das Preußenkonkordat zu verhindern, sondern vielmehr dem Bestreben, bei dem Zustandekommen des Millionengeschäftes der römischen Kurie im preussischen Konkordat auch ihrerseits ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.

In diesem Sinne bewegten sich auch die Forderungen Stresemanns, die er auf dem diesjährigen Reichsparteitag der Volkspartei erhob, indem er erklärte, daß analog der finanziellen Zugeständnisse an die katholische Kirche im Konkordatsentwurf auch die evangelische Kirche „berücksichtigt“ werden müsse. Was Stresemann damals als Sprecher der evangelischen Landesverbände ankündigte, soll nun verwirklicht werden, d. h. auch der evangelischen Pfaffen-gesellschaft in Deutschland sollen über die bereits phantastischen Millionenbeträge hinaus weitere Millionensummen zu Lasten der werktätigen Masse in den unerfülllichen Sachen gemorfen werden.

So und nicht anders sind die Verhandlungen zu werten, die den Ausgangspunkt eines zweiten Konkordats zwischen Preußen und der evangelischen Landeskirche bilden.

Eine neue Scharfmacherrede Curtius' Das elende Gaukeleispiel der Sozialdemokraten

Berlin, 6. Juni.

Zu Beginn der Donnerstags-Sitzung des Reichstages meldete sich der Sozialdemokrat Brandes zum Wort, um für seine Fraktion eine Erklärung zu den gestrigen scharfmacherischen Ausführungen des Koalitionsministers Curtius abzugeben. Diese Erklärung ist ein Meisterstück sozialdemokratischer Demagogie. Es heißt in ihr, daß die Ausführungen von Curtius nicht die Meinung des Gesamtkabinetts sei, denn das Kabinett habe die Frage der Aenderung der Erwerbslosenversicherung noch nicht endgültig (!) geregelt. Die Erklärung enthält jedoch keine Silbe der Erwiderung zu Curtius' Feststellung, daß in der gegenwärtigen Zeit Lohn erhöhungen nicht angebracht seien.

Nach einem Intermezzo zwischen dem Deutschnationalen Rönne und dem Demokraten Bernhard über die Pariser Reparationskonferenz nahm das Wort der Minister Dr. Curtius. Wer erwartet hatte, daß sich eine Antwort auf die Erklärung der größten Koalitionspartei ergeben würde, hatte nach nicht das Gaukeleispiel der Sozialdemokraten mit den Volksparteilern durchschaut. Mit seinem Wort befaßte sich der Minister mit der sozialdemokratischen Erklärung. Selbst auf kommunistische Zurufe hin wußte er ab und tat so, als ob diese Erklärung für die Regierung gar nicht existiere.

Wieder hörten sich die Sozialdemokraten die Rede ihres Ministerkollegen mit eisigem Schweigen an. Ob Brandes zu dieser zweiten scharfmacherischen Rede wieder eine lächerliche Erklärung abgeben wird?

Das gauklerische Spiel enthüllte dann unter großer Aufmerksamkeit Genosse

Rönnen:

Ich bin in der Lage, mitteilen zu können, daß die Erklärung des Herrn Brandes das

Produkt einer interfraktionellen Besprechung zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten,

die heute um 2 Uhr stattgefunden hat, ist. (Stürmische Hörl-Hörl-Aufe.) Bei dieser Besprechung wurde desgleichen festgelegt, daß Minister Curtius keine Antwort auf die Erklärung geben braucht. Aber keine Antwort ist auch eine Antwort. Die gestrige und heutige Rede des Herrn Curtius zeigen mit aller Deutlichkeit die gegenwärtigen Machtverhältnisse. Die Volkspartei diktiert, und die Sozialdemokraten haben zu tuscheln. (Sehr richtig! bei den Komm.) Herr Curtius konnte darum eine solche offene Sprache führen, weil er ja die letzten Beschlüsse des Magdeburger SPD-Parteitagess kennt. In diesen Beschlüssen heißt es ausdrücklich, daß die sozialdemokratischen Minister unaufhörlich von ihrer Fraktion entscheiden dürfen. Das, was also die Sozialdemokraten hier mit ihrer Erklärung machen, ist eitel Spiegelfechterei. Aber selbst diese Erklärung zeigt deutlich die Brüden zur endgültigen Kapitulation. Wir wissen ja schon, wie die Sozialdemokraten die Erwerbslosenfragen behandeln. Erst hält man Scheinradikale Reden, während die Regierung bereits im Begriff ist, die Utentate durchzuführen. Dann stellt man eventuell noch Anträge, um diese aber schnell zurückzuziehen, wenn die Gefahr der Annahme droht. (Sehr wahr! bei den Komm.) Die Erwerbslosen wissen, was sie von der neuesten sozialdemokratischen Erklärung zu halten haben.

Es ist bekannt, daß der Kurs der Industriellen auf einen allgemeinen Lohnabbau hinführt. Curtius hat das gestern im Auftrag seiner Freunde deutlich erklärt. Aber selbst in ihrer billigen Erklärung verzichten die Sozialdemokraten, sich gegen Curtius' Lohnabbaurede zu wenden. (Sehr richtig! bei den Komm.) Das zeigt deutlich, daß die Regierung sich den Forderungen der Industriellen auf Lohnabbau anschließt und die Sozialdemokraten bei diesem neuen Verbrechen mit im Bunde sind.

Die kommunistische Fraktion hat gegen Curtius ein Mißtrauensvotum eingebracht. Die Sozialdemokraten könnten also bei der Abstimmung über dieses Mißtrauensvotum beweisen, wie „ernst“ sie es mit ihrer Erklärung meinen. (Sehr gut! bei den Komm.) Aber wir werden sehen, wie das heuchlerische Spiel der größten Regierungspartei seinen einseitigen Höhepunkt erreicht, wenn morgen alle Sozialdemokraten, „links“ wie „rechts“, ausdrücklich dem Scharfmacherminister ihr Vertrauen aussprechen. (Starker Beifall bei den Komm.)

Im Laufe der Weiterberatung über den Wirtschaftsetat verlangte Genosse Torgler in einem geschäftsordnungsmäßigen Antrag die sofortige Verbeizung des Reichsanlers, damit dieser sich sowohl zur sozialdemokratischen Erklärung wie auch zur Scharfmacherrede Curtius' äußere. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stimmten nicht nur die Regierungsparteien dagegen, sondern auch die Deutschen Nationalen, die auch ein Interesse daran haben, daß die Sozialdemokraten vor unangenehmen Situationen bestehen.

Volksgerecht über die Bluthunde

Heberfüllte Massenfundgebung des Mai-Untersuchungsausschusses

(Fig. Wer.) Berlin, 7. Juni.

Die gestrige öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Mairblutbades im Großen Schauspielhaus gestaltete sich zu einer wichtigen Demonstration gegen Polizeivillkür und weißen Terror. Bereits um 18 Uhr strömten von allen Seiten die Menschen zu dem Meisenbau, vor dessen Haupteingang Polizei bereitstand. Tausende fanden keinen Einlaß mehr.

Durch zahlreiche Zeugen- und einwandsreies Bild- und Filmmaterial wurde der Beweis erbracht, daß in den Tagen vom 1. bis 4. Mai die arbeitende Bevölkerung Berlins von schiefmütigen Polizeifoltern terrorisiert wurde. Besonders einbräusvoll war die Erklärung des kommunistischen Abgeordneten Pleid, daß die kommunistische Partei keinen bewaffneten Widerstand organisiert habe. Aus allen Zeugenangaben war doch klar zu ersehen, daß allein verantwortlich für das ungeheure Blutbad die sozialdemokratischen Minister und Polizeipräsidenten sind.

Am Schluss der Sitzung wurde ein Manifest einstimmig angenommen. Die 3500 Anwesenden schwuren, daß sie nicht eher ruhen werden, bis die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Eine Vertretersitzung der öffentlichen Versammlung des Mairauschusses findet heute abend statt.

Bewegung im Holzgewerbe abgewürgt

Mit einem hohlen Geschrei versuchten in den letzten Tagen die Bürokraten des Holzarbeiterverbandes den Anschein zu erwecken, als ob sie bereit wären, gegen die Holzindustriellen einen Kampf zu

führen. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß während der sechsmonatigen Verhandlungsdauer die Forderungen der Holzarbeiter fallen gelassen worden sind, um dem Kampf aus dem Wege zu gehen. Am 4. Juni haben die großmäuligen Reformisten einen endgültigen und bindenden Schiedsspruch anerkannt, der den Abschluß des Manteltarifs bis zum 15. Februar 1931 vorsieht. Das Lohnabkommen gilt bis zum 1. August 1930. Danach werden in einigen Städten die Löhne um 4 bis 6 Fig. pro Stunde erhöht.

Dieser Abschluß einer Tarifbewegung ist das trasseste Beispiel für die Niederlagenstrategie der heutigen Führung des deutschen Holzarbeiterverbandes.

Vom Tage

Das Gutachten der Sachverständigen ist am Donnerstagvormittag fertiggestellt worden. Es wird voraussichtlich morgen unterzeichnet werden.

Der Reichsrat genehmigte gestern die Verlängerung der Geltungsdauer des Republikschutzgesetzes um drei Jahre in namentlicher Abstimmung mit 62 gegen 4 Stimmen.

Der Sächsische Landtag trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ministerpräsident Feldt legte sein Amt nieder. Es wird eine sozialdemokratische Koalitionsregierung gebildet werden.

Zur Vorbereitung der „Reform“ des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird, nach einem Bericht des demokratischen Zeitungsdienstes, ein „Sachverständigen-Premium“ aus 30 Personen, darunter acht Reichstagsabgeordnete, eingesetzt werden.

Ein neuer Orzefinski-Erlaß

Anweisung zur allgemeinen Verfolgung auf Mitglieder des NSD. — Selbst einzelne Teile der früheren Bundeskleidung, Mützen ohne Abzeichen, Windjacken usw. sollen als Grund zur Verhaftung der Träger genügen

Ein Schritt der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die sozialdemokratischen Verfolgungsmethoden

Die kommunistische Reichstagsfraktion erhielt Kenntnis von dem nachstehenden neuesten Erlaß des preussischen Innenministers und SPD-Führers Orzefinski:

„An die Ober- und Regierungspräsidenten und den Vollzugspräsidenten in Berlin“

Der Preussische Minister des Innern Berlin, den 25. Mai 1929. NSD 7, Unter den Linden 72/74. II. 1420 v.

Betrifft: Roter Frontkämpferbund.

Unter Bezug auf meine Erlasse vom 18. November 1922 — II G 2730 II — und vom 10. Mai 1929 — II 1420 v. — weise ich hiermit erneut nachdrücklich darauf hin, daß jede, auch verdeckte Unterstützung des Zusammenhalts der Mitglieder des aufgelösten Roten Frontkämpferbundes, der Roten Jungfront und der Roten Marine gemäß § 19 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik strafbar ist und deshalb nicht geduldet werden darf. Eine solche Unterstützung des Zusammenhalts der Mitglieder des aufgelösten Bundes ist insbesondere in Zusammenkünften und in

gemeinsamen Auftreten auch nur einiger ehemaliger Mitglieder zumal in der früheren Bundeskleidung zu erblicken. Gerade diese gibt für die Feststellung, ob es sich um ehemalige Mitglieder des aufgelösten Roten Frontkämpferbundes usw. handelt, die besten Anhaltspunkte. Dabei ist es aber keineswegs erforderlich, daß die ununiformierte Kleidung sämtliche Abzeichen der früheren Bundeskleidung aufweist. Es genügt vielmehr, daß durch das Tragen einzelner Stücke der früheren Bundeskleidung, wie z. B. gleichartiger Windjacken oder der bekannten NSD-Mützen auch ohne Bundesabzeichen, ja sogar des Bundesabzeichens allein oder des Koppelschlösses mit der geballten Faust

nach außen hin ein Zusammenhang der Träger mit der verbotenen und aufgelösten Organisation durch den Zusammenhalt der Mitglieder und damit die Pflege der Vereinsziele verstoßwidrig gefördert werden soll.

Ich ersuche, gegen alle Personen, gegen die hiernach in der vorbeschriebenen Weise der Verdacht eines Vergehens gegen § 19 des Republiksschutzgesetzes begründet erscheint, unnaachlässig einzuschreiten.

Sie sind in jedem Falle namentlich festzustellen und zwecks Einleitung des Strafverfahrens eingehend polizeilich zu vernehmen, insbesondere darüber, ob und welche Anweisungen für ein gemeinsames Auftreten in der Öffentlichkeit, das Weitertragen der Bundeskleidung oder des Bundesabzeichens gegeben sind, ob die Mitgliedsbücher eingezogen, oder durch welche anderweitige Einrichtungen ersetzt worden sind, ob Beiträge und an wen solche gezahlt werden und ähnliches mehr.

In wichtigen Fällen ersuche ich, mir schleunigst zu berichten.

gez.: Orzefinski.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat zu diesem Erlaß folgende

Interpellation

eingebracht:

„Der preussische Innenminister Orzefinski hat am 29. Mai 1929 einen Erlaß über die Verfolgung der früheren Mitglieder des NSD. herausgegeben, der an Schilfen die beschriebenen Maßnahmen des Sozialistengesetzes bei weitem übertrifft.“

Alle Arbeiter, die irgendwie mit einem Teil der früheren Bundeskleidung, auch nur mit gleichartigen Windjacken oder früheren NSD-Mützen angetroffen werden, sollen verhaftet und eingehend polizeilich befragt werden.

Dieser Erlaß ist der Gipfel der polizeilichen Verfolgungsmethoden gegen die revolutionäre Arbeiterschaft.

Während der schäblichste Stahlhelm immer offener aufmarschieren kann, werden revolutionäre Arbeiter immer brutaler verfolgt und bestraft.

Ist die Reichsregierung bereit, sich im Reichstage über diesen neuen provokatorischen Vorstoß des sozialdemokratischen Innenministers gegen die Arbeiterklasse zu äußern?“

Die Gefängnisbeamten tagen

Empörung gegen die Justizbürokratie — Opposition gegen den sozialdemokratischen Bundesvorstand

Breslau, 7. Juni.

Mit den üblichen Begrüßungsansprachen wurde gestern vor-mittag im großen Saal des Gewerkschaftshauses die XV. Tagung des Bundes der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsbeamten und beamteten Deutschlands eröffnet. Der Bundesvorsitzende Hornig (SPD) gab den Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes und betonte, daß das vergangene Jahr im Zeichen des Abbaus der Beamten und der Sparmaßnahmen in der Justizverwaltung gestanden habe. Durch die Krone der Mitglieder zur Organisation und festen Zusammenhalt seien aber Schäden für die Entwicklung der Organisation abgemindert worden. Hornig berichtete dann über die Verhandlungen mit der preussischen Justizverwaltung, lobte das Entgegenkommen des Justizministers, obwohl er zugab, daß die meisten Wünsche der Unterbeamten in Bezug auf Beförderung, Besoldung, bessere Eingruppierung, Beförderung, und Aufstiegschancen unberücksichtigt geblieben sind. Hornig erwähnte unter anderem auch die Angriffe gegen den Strafvollzug und behauptete, Hoels habe ebenso wie der aus dem Fememordprozeß bekannte Oberleutnant Schulz in seinem Buche die unteren Gefängnis-beamten schwer beleidigt. Dazu möchten wir bemerken, daß uns das Buch von Schulz nicht bekannt ist. Das Hoels-Buch kennen wir. In diesem wird das Strafvollzugssystem einer gründlichen harten Kritik unterzogen, es werden auch zahlreiche Mängelungen von

Gefangenen durch Beamte festgestellt, doch enthält das Buch auf keiner Seite summarische Angriffe gegen die Gefängnisbeamten. Im Gegen-satz, Hoels erkennt an, daß die Gefängnisbeamten durch Beamten-mangel, schändliche Bestimmungen, schlechte Bezahlung usw. zu leiden haben. Die Angriffe Hornigs gegen Hoels, die von einem Dis-ziplinierbediensteten in groß beschimpfender Weise unterstützt wurden, sind daher völlig unberechtigt. Nach dem Tätigkeitsbericht folgten Ge-schäfts- und Massenbericht.

In der Diskussion kam, obwohl keinerlei organisierte Opposi-tion, geschweige denn die gestrichelte kommunistische Fraktionslinie vorhanden ist, die Unzufriedenheit der Mitglieder über die schlechte

Für 1. August wird Blutbad vorbereitet

Zur Sebering-Rede in Darmstadt

Wir haben in unserer Dienstagnummer einige „Perlen“ aus der Rede, die Sebering am Montag bei Eröffnung der Polizeiwache in Darmstadt gehalten hat, wiedergegeben. Es ist, um den Kurs der sozialfaschistischen Führer zu kennzeichnen, notwendig, noch andere Teile dieser Rede kennenzulernen. Sebering erklärte u. a.:

„Um die renitenten Volksgenossen in Schock zu halten, sei eine Stärkung der Polizeikräfte notwendig.“

Der Minister sprach dann von der einheitlichen Zusammenfassung der Polizeikräfte, wobei er darauf hinwies, daß er damit noch nicht dem Zentralismus das Wort reden wolle. Er betonte jedoch, daß er dies vielleicht später, zu einem anderen Zeitpunkt tun werde.

Bezüglich des Rotfrontverbots gab der Minister zu, daß gemäß der Durchführung zu berechtigter Kritik Anlaß gebe. Man müsse aber anerkennen, daß bisher noch niemals ein derartiges Verbot so schnell (!) und wirksam (?) durchgeführt worden sei.

Zur besseren Ueberwachung der staatsgefährlichen Presse bedürfe es noch eines Ausbaues der kriminalistisch-polizeilichen Polizei.

Dann prägte Sebering den von uns bereits zitierten Satz:

„In einer Zeit dauernden wirtschaftlichen Abstieges und jahrelanger Arbeitslosigkeit könnte (!) die kommunistische Partei noch eine gefährliche Stärke erhalten.“

Der Minister kam dann auf das Ergebnis der Pariser Sachver-ständigen-Konferenz zu sprechen, wobei er erklärte, daß zwar die Raten etwas niedriger geworden seien, aber das Ergebnis zu Hoffnungen auf dauernde Erleichterungen in keiner Weise Anlaß biete.

„Darauf kommt es an“, so sagte der Minister, „daß, wenn der Feind sich mündet, der Staat die Mittel in der Hand hat, sofort die Mobilmachung gegen diesen Feind durchzuführen.“

Ich nenne jeden einen Feind, der auf nicht verfassungsmäßigem Wege einen Umsturz oder eine Aenderung der Verfassung will. Den Artikel 48 der Reichsverfassung, der nun einmal ein Nachtparagraf ist, solle man nicht dauernd anwenden. Der Staat sei dann kein Volkstaat (!) mehr. Der Kampf gegen die renitenten Volksgenossen müsse ohne Ausnahmegeetze möglich sein.

Wie das im einzelnen geschehen solle, könne es jetzt nicht sagen, obwohl er sich über den Weg durchaus klar sei.

Jedenfalls müßte das Reich Mittel in die Hand bekommen, gegenüber den Ländern, die den Anordnungen des Reiches auf polizeilichem Ge-

birgrupplierung der Gefängnisbeamten, die mangelnden Aufstiegs-möglichkeiten und vor allen Dingen der Unwille der Mitglieder über die jägernde und zaudernde und vor der Justizbürokratie zurück-welchende Politik des Bundesvorstandes sehr stark zum Ausdruck.

Ein Berliner Redner bezeichnete die paar von Hornig erwähnten neugeschaffenen Stellen für Oberinspektoren als einen Tropfen auf einen heißen Stein, der nicht einmal löse. Hornig verspreche große Hoffnungen, wenn man sie dann näher betrachte, sei es ein Haufen fliegendes Hornig sei gegenüber den Verprechungen der Herren im Justiz- und Finanzministerium zu optimistisch und selbstvertrau-lich. Die Kollegen im Berliner Untersuchungsgefängnis sind ver-bandsverbrochen und lagen, Hornig ist nicht mehr der Kämpfer, der er 1922 war, als er in den Bundesvorstand gewählt wurde. Er spekulierte auf ein Reichstagsmandat. Zahlreiche andere Redner schilderten ebenfalls, wie die Beamten unter den Sparmaßnahmen der Justizbürokratie und schlechter Besoldungsverhältnissen leiden und mit den Ergebnissen der Arbeit des Bundesvorstandes unzufrieden sind. Wir kommen morgen auf die interessante Diskussion, die be-sonders auch die Zustände in den Gefängnissen beleuchtet, noch zurück.

In der Nacht mit tag s i t u n g beschäftigte sich der Verbandstag mit Organisationsangelegenheiten, wie dem Wirtschaftsplän, Rechtschutzangelegenheiten und dergleichen.

Es ist nicht folgen, das Abilge selbst zu veranlassen. Eine berätige Bestimmung bestände sich bisher lediglich im Gesetz über die Aus-sicherung des Friedensvertrages. Noch mehr als bisher müsse die Polizei ihren Charakter als Freund (!) und Berater (!) des Volkes wahren.

Herrn Seberings Rede paßt zu seinem früheren Bekenntnis, daß er bereit sei, auch mit dem Paragraphen 48 zu regieren; sie paßt zu den Reden auf dem sozialdemokratischen Parteitag, daß die Diktatur des Sozialfaschismus errichtet werden müsse.

Der Kern der Sebering'schen Ausführungen ist die Ankündigung polizeilich militärischer Aktionen gegen den 1. August als inter-nationalen Kampftag gegen den Krieg.

Mit den Mitteln des Bürgerrechts, das die Kommunisten am 1. August „Revolution machen“ wollen, soll genau so wie zum 1. Mai und zu Pfingsten die Provokation gegen das Klassenbewußte Prole-tariat durchgeführt werden.

Durch Provokationen, wie Rot-Front-Verbot, 1. Mai und 1. Au-gust, soll die Vorhut herausgelockt und vernichtet werden. Jeder Arbeiter versteht, was die Wendung Seberings bedeutet, daß er sich über den gegen die renitenten Volksgenossen einzuschlagenden Weg durchaus im Klaren sei.

Das geplante Sebering'sche Vereinsgesetz, die Vorbereitung des NSD-Verbots im Ministerium Seberings zeigen der Arbeiter-schaft, wohin dieser Weg führt.

Seberings Auslassung, daß man ohne Diktaturgesetze regieren müsse, ist eine „demokratische“ Geste, ebenso wie die Aufhebung des Demonstrationsverbots durch Jürgelbel, auf die kein Arbeiter an-gesichts der wirklichen Tatsachen etwas geben wird.

Sebering findet für seine Rede den ungeteilten Beifall der ge-samten Bourgeoisie, die sehr wohl weiß, daß alle sogenannten Angriffe Seberings gegen rechts nichts als Floskeln sind, durch die die die Zielrichtung der Sebering'schen Aktion gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre kommunistische Partei

verdeckt werden soll. Die Bourgeoisie hat erkannt, daß sie in Sebering den aktivsten Handlanger in ihrem Kampfe gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und gegen die sozialistische Sowjetunion besitzt. Aber auch die Arbeiter haben den Sebering erkannt!

Nationalsozialistische Bestien verurteilt

Sie fielen wie die Tiere über ihre Opfer her

Wegen Uebertretung auf Angehörige des Reichsbanners wurden vor dem Schöffengericht in Köln sieben Nationalsozialisten wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung zu Gefäng-nisstrafen von 18 Monaten und zur Zahlung einer Buße verurteilt. Das Gericht stellte fest, daß die Angeklagten „in geradezu tierischer Rohheit über ihre Opfer hergefallen seien.“

Diese Banditen schützt der Verbotsminister Orzefinski. War das Patentzeugenbuch schon vor dem Verbot des NSD. frech, nach dem Verbot glaubte es sich recht, die Straße beherrschen zu können. SPD- und Reichsbannerarbeiter! Seht ihr, wohin der Kurs eurer Führer geht? Kämpft in der Roten Front gegen den Faschismus, der die gesa m t e Arbeiterschaft bedroht.

Genosse Schneller rechnet mit Groener ab

(Fig. Bez.) Berlin, 6. Juni.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages begannen gestern die Be-ratungen über den Reichswehretat. Genosse Schneller kennzeich-nete den arbeiterfeindlichen, unbedingt imperialistischen Charakter der gesamten Reichswehr. Er wies nach, wie sich gerade in den Jahren sozialdemokratischer Koalitionspolitik die konsequente Linie der Verstärkung der Technisierung gesteigert habe, wie bei den so-genannten „Einparungen“ am diesjährigen Etat, die in Wirklichkeit lediglich einige kleinere Verschiebungen sind, die großen Positionen für die Ausrüstung mit Wasser, Kampfwerkzeugen usw. unberührt geblieben sind. Die Ausführenden Schnellers gipfelten in einer rüd-sichtlosen Bloßstellung der Sozialdemokraten, deren Beschlässe auf dem Magdeburger Parteitag über die Wehrfrage der Bourgeoisie die Garantie geben sollen, für ein ruhiges Hinterland im kommenden Krieg. Der Kurs Groeners, wie er im Etat mit der brutalen Offen-heit zum Ausdruck kommt, das ist auch der Kurs der Sozialdemokratie.

Eisenbahner-Fungerstreik verurteilt

Berlin, 7. Juni.

Der Reichsarbeitsminister hat den Hungerstreik für die Eisenbahner für verurteilt erklärt. Dieser Spruch bringt eine Eisenbahnerverurteilung von drei Jahren mit einer Verbannung bis 1931. Die Arbeiter forderten eine Zulage von 15 Pfg. und Be-freiung der Wirtschaftsgüter. Die Forderung der Gewerkschafts-bürokratie lautete auf 6 Pfg. Die Verurteilungserklärung erfolgte

auf Antrag der Gewerkschaftsbürokraten, die, unter Verzicht selbst auf die eigene mehr als bescheidene Forderung, unter keinen Um-ständen den „Wirtschaftsriecken“ föhren wollten. Die Eisenbahner müssen aus dem Verlauf der Lohnverhandlung erkennen, daß die Schöffel & Co. niemals einen Kampf im Interesse der Arbeiter ab-untreten Beamten führen werden, da dies dem Sinn der sozialdemo-kratischen Koalitionspolitik widersprechen würde. Die Eisenbahner müssen sich enger denn je um die revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei scharen; denn nur unter deren Führung wird es möglich sein, wirtschaftliche und politische Erfolge zu erzielen.

Erste Meldungen aus dem Besatzgebiet

Rom, 7. Juni. Im Reichsgebiet herrschte Ruhe. Die zur Hilfeleistung entsandten Truppen machen Patrouillendienst, da der Ravastrom seit Mittwoch nicht weiter vorrückte. Ingefaßt sind bisher 75 Bauernhöfe teilweise oder ganz zerstört. Der Post- und Tele-graphendienst ist unterbrochen; obwohl der Schaden zurzeit noch unübersehbar ist, verhandelt die Verwaltung von Terzigno mit den Behörden über den Wiederaufbau der zerstörten Gebäude. Trotz der Verminderung der Ausbruchstätigkeit warnt der Direktor des Obser-vatoriums, Professor Malabra, die Touristen sich in die Nähe des Berjuns zu begeben. Die Sicherheitsmaßnahmen für die Räumung der Dörfer sollen noch einige Zeit andauern.

Drei Personen verbrannt

Ul. Banne-Gidel, 7. Juni. In der Nacht zum Donnerstag brach in einer Drogerie ein Brand aus, der durch die leicht brenn-baren Stoffe wie Benzin, Terpentin und Spiritus rasch eine große Ausdehnung annahm, und die in den oberen Stockwerken des Hauses wohnenden Hausbewohner gefährdete. Trotz sofortigen Eingreifens der Feuerwehr, die mit zahlreichen Schlauchleitungen den Brand bekämpfte, war es doch nicht möglich, alle Bewohner zu retten. Der Besitzer der Drogerie sowie zwei Söhne einer im Hause wohnenden Witwe konnten nur als Leichen geborgen werden. Die Ursache des Brandes ist höchstwahrscheinlich auf Selbstentzündung von Chemi-kalien zurückzuführen.

Zwei Kinder vom Autobus überfahren. Ul. Rattow, 7. Juni. In Bipine wurde ein fünfjähriger Knabe von einem Auto-bus überfahren, während ein gleichaltriges Mädchen, das ebenfalls die Straße überquerte, von dem Autobus erfasst und schwer verletzt wurde.

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Arthur Dombröhl, für den Betrieb und den Inhalt: Wilhelm Bielew, für den Druck: „Die Arbeiter“ und die Arbeiter-Verleger: Alfred Thomae, sämtlich in Berlin. — Für den sozialistischen Teil: Gerhard Schulz, Leipzig. — Für Inserate: E. Berber, Berlin.

Die internationale Rolle der kommenden Labour-Regierung in England

Von R. Schmidt.

Was schon vor den Wahlen und nach ihrem Ergebnis zu erwarten war, ist zur Sicherheit geworden: Mac Donald wird zum zweiten Male als Minister seiner britischen Majestät das englische Imperium regieren. Schon die Tatsache, daß Baldwin sofort freiwillig zurückgetreten ist, daß ihm die Partei des Finanzkapitals, die Konservativen Partei, und der entscheidende Teil ihrer Presse („Times“, „Observer“ etc.) diesen Rat gaben, zeigt, daß hier selbstverständlich keinerlei Veränderung im Machtverhältnis der Klassen, nichts weniger als die „Übernahme der Macht“ durch die Arbeiterklasse vor sich geht, sondern daß John Bull, diese Personifikation des brutalen englischen Imperialismus, bloß seine Laternen wechselt und an die Stelle der Konservativen die Labour-Party setzt.

Trotzdem ist das Wiedererstehen einer Labour-Regierung in England wichtig, und zwar nicht so sehr für die innere englische Politik, als vielmehr für die Außenpolitik des britischen Imperiums und damit die internationale Lage. Gerade hier haben sich schon während des Wahlkampfes die wichtigsten Gegenstände zwischen den Konservativen und der Labour-Party gezeigt. Nicht umsonst heißt es, daß sich Mac Donald auch in seinem zweiten Kabinett den Posten des Außenministers vorbehalten will.

Die SPD. versucht natürlich, das Kommen der englischen Labour-Regierung darzustellen als die Einleitung einer neuen Ära in den internationalen Beziehungen, einer „Ära des Friedens“. Wir wissen, daß dies bloß pazifistische Phrasen sind zur Verdrängung der Arbeitermassen, um sie desto leichter einfangen zu können für die Kriegspolitik des deutschen und europäischen Imperialismus gegen die Sowjetunion. Wir wissen, daß das Weltkrisen- und der imperialistische Krieg aus den Gegensätzen des Kapitalismus notwendig entsteht, daß der niedergehende englische Imperialismus keine andere Politik führen kann, als die des Krieges gegen das Zentrum der proletarischen und kolonialen Revolution. Wir wissen, daß daran auch eine Labour-Regierung nichts ändern wird.

Aber es handelt sich gegenwärtig keineswegs nur um diese allgemeinen Wahrheiten und keineswegs um eine Wiederholung der Situation und der Rolle der Labour-Regierung von 1924. Eine solche Einschätzung der Lage wäre grundfalsch. Um die Rolle der zweiten Mac-Donald-Regierung richtig zu erkennen, ist es im Gegenteil gerade notwendig, ihren Unterschied von der Mac-Donald-Regierung des Jahres 1924 mit aller Schärfe herauszuarbeiten. Auch damals handelte Mac Donald als Reformist und Konterrevolutionär, aber er spielte objektiv eine andere Rolle. 1924 brachte Mac Donald, wenn auch für eine kurze Zeit, eine tatsächliche Entspannung der internationalen Lage, die kurze, berüchtigte Phase des „demokratischen Pazifismus“ mit allen ihren Illusionen, den tatsächlichen Versuch einer Friedenspolitik gegenüber der Sowjetunion usw. Gerade das Gegenteil wird und muß die Rolle der Labour-Regierung von 1929 sein. Was war die Grundlage jener Phase des Pazifismus von 1924? Die zeitweilige Zusammenarbeit Englands und Amerikas zur Stabilisierung des Kapitalismus, vor allem der ökonomischen Wiederaufrichtung Deutschlands durch den Dawes-Plan. Auch gegenwärtig ist wie schon in der Wahlkampagne seitens der Labour-Party ausdrücklich betont wurde, das Ziel der Labour-Regierung, die „Ausöhnung“ mit Amerika, d. h. also wiederum eine zeitweilige Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Imperialismus. Zweifellos ist sie heute schwerer zu verwirklichen als damals. Aber nicht dies ist das Wesentliche, sondern der Zweck, das Ziel einer solchen weltpolitischen Kooperation, das heute ein ganz anderes ist als damals. 1924 war es das „deutsche Problem“, das es zu lösen galt. Heute ist dies mehr oder weniger gelöst. Heute steht ein anderes Problem für den Imperialismus auf der Tagesordnung: das „russische“. Eine vorübergehende Zusammenarbeit Englands und Amerikas kann gegenwärtig keinen anderen Zweck haben, als die „gemeinsame Lösung“ dieses Problems, d. h. die Einheitsfront gegen die Sowjetunion. Die internationale Imperialisten-Presse hat schon während der Pariser Reparationsverhandlungen darauf hingewiesen, daß Paris eine günstige Atmosphäre schaffen würde zu einem Übereinkommen der Großmächte über ihre Stellung zur U.S.S.R. In der Tat steden hinter der nach viermonatigem vergeblichen Verhandeln- überraschend schnell zustande gekommenen Einigung schon positive Abmachungen über das Verhalten gegenüber der Sowjetunion, vor allem in der Schuldenfrage, unter Beteiligung der Amerikaner. Tatsache ist, daß die Politik Hoover's auf ein Abkommen mit England abzielt (das Seebestellungsangebot des amerikanischen Delegierten Gibson in Genf, die Ernennung des Generals Dawes zum amerikanischen Botschafter in London, die Stimmen der amerikanischen Presse zum Labour-Sieg in England), und daß der deutsche Imperialismus eine besonders konterrevolutionäre Rolle zu spielen bestrebt ist durch die Vermittlung zwischen den beiden imperialistischen Räufern, zum einheitlichen Vorgehen gegen die Sowjetunion.

So erhält die internationale Politik des Mac Donalds von 1929 ein ganz anderes Gesicht, als die des Mac Donalds von 1924. Die historische Aufgabe der zweiten Labour-Regierung ist es nicht mehr, auf dem Rücken einer niedergeworfenen deutschen Revolution in einer Periode des Niederganges der Klassenkämpfe eine Stabilisierung des Kapitalismus vorzubereiten, sondern in einer Zeit der mächtig anwachsenden revolutionären Massenbewegungen in Europa und in den Kolonien die erschütterte und wankende kapitalistische Stabilisierung zu verteidigen durch den konterrevolutionären Angriff auf die siegreiche proletarische Diktatur und den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Die Mac-Donald-Regierung von 1929 wird die Politik Baldwin's und Chamberlain's nicht nur fortsetzen, sondern besser und klüger fortsetzen. Wo lag die Schwäche der konservativen Kriegspolitik gegen die U.S.S.R.? Vor allem in der wachsenden Bedrohung im Rücken durch Amerika, eine Bedrohung, die durch die Schaffung der neuen englisch-französischen Entente noch gesteigert wurde. Die Schaffung der Rückenbedeckung Englands im Krieg gegen die U.S.S.R. durch ein zeitweiliges Abkommen mit Amerika, und damit die Vorbereitung und Verschärfung der Kriegspolitik, dies wird die internationale Rolle der zweiten Labour-Regierung in England sein. Darüber darf uns die bevorstehende Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Englands zur Sowjetunion nicht hinwegtäuschen.

Aber es sind nicht nur die Veränderungen der internationalen Lage, die diese ihre Rolle bestimmen. Auch der englische Reformismus selbst hat sich seit 1924 geändert: er hat den Weg vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus zurückgelegt. In der Zwischenzeit liegt die Niederwerfung des Generalstreiks durch den vereinigten rechten und „linken“ Reformismus, die schamlose Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit den Unternehmern, unter dem Patronat des Chemiefönigs Sir Alfred Mond, zum Zweck des „Wirtschaftsfriedens“. Die Regierung der Müller-Severing-Grzesinski in Deutschland, das

Wahlbörgelebs usw., haben die Rolle des Reformismus in dieser neuen Entwicklungsperiode klar gekennzeichnet: Es ist die Organisation des Krieges gegen die Sowjetunion und die damit verbundene Anebelung und blutige Niederwerfung des Proletariats im Innern. Die Mac-Donald-Regierung von 1929 wird im großen Rahmen des britischen Imperiums dieselbe Rolle spielen, wie die Müller-Regierung in Deutschland.

Diese Rolle wirft schon ihren Schatten voraus. Eines der ersten Worte Mac Donalds nach der Wahl war die feindselige Erklärung, daß ihm aus allen Ländern Glückwunschtelegramme zugegangen seien, „mit der einzigen bedeutenden Ausnahme von Rußland“. Mac Donald wird sich einmal viel besser dazu eignen als Churchill und Chamberlain, ein Ultimatum an die U.S.S.R. zu richten! Schon im Wahlkampf hat die Labour-Party das halbfaschistische Gewerkschaftsgesetz der konservativen Regierung anerkannt, auf die Forderung seiner Abschaffung verzichtet, — Ihre Regierung wird sehr gut geeignet sein zu der Aufgabe, revolutionäre Gewerkschaften zu verbieten. Mac Donald verteidigt energisch das reaktionäre englische Wahlsystem — er wird sich sehr gut dazu eignen, es noch weiter in der Richtung der Mussolinischen Wahlreform zu „verbessern“. Und hat der Mac Donald von 1924 „nur“ die Luftlande von Arabern mit Bomben belegt, so wird der Mac Donald von 1929 die Streiks und revolu-

tionären Erhebungen des englischen Proletariats mit denselben Methoden niederwerfen. Er ist dazu besser geeignet, als Baldwin. Der „Rundismus“, die Konferenzen der Gewerkschaften mit den Unternehmern zum Zwecke des „Wirtschaftsfriedens“, werden mit der politischen Ordnung durch die Labour-Regierung den schicksalichen Charakter der „Kooperationen“ Mussolinis erhalten.

Die zweite Labour-Regierung in England macht den Übergang des Reformismus zum Sozialfaschismus zu einer internationalen Tatsache. Es ist kein Zufall, wenn im selben Moment die durch und durch faschistische amerikanische Gewerkschaftsdelegation der Anter-damer Internationale den Beitritt anbietet, den sie bisher stets abgelehnt hat. Es ist kein Zufall, daß die Presse des italienischen Faschismus den Mac Donald von 1929 lebhaft begrüßt, während sie den Mac Donald von 1924 belächelte.

Die Labour-Regierung von 1929 kann keine andere Rolle spielen, als die der Organisation des Krieges gegen die U.S.S.R. und der Anebelung und Niederwerfung des englischen Proletariats und der Kolonialvölker.

Es ist unsere Aufgabe, dies der deutschen Arbeiterklasse mit aller Eindringlichkeit vor Augen zu führen, und alle Versuche der SPD., pazifistische und demokratische Illusionen zu erzeugen, im Keime zu ersticken.

U.S.S.R. hilft den Textilarbeitern

SPD. gegen Hilfe an die Kämpfenden

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)
Wir berichteten schon, daß die kommunistische Stadtverordnetenfraktion im Stadtparlament Sagan einen Unterstützungsantrag für die ausgeperrten Textilarbeiter eingebracht hatte. Wie immer blieb es den Sozialdemokraten vorbehalten, die Rolle des Kettenhundes der Unternehmer zu spielen. Krankentassen-Schmidt, für den die soziale Frage schon seit einem Jahrzehnt gelöst ist, kann zur Freude der Unternehmer und deren bürgerlicher Gesellschafter feststellen, daß es ihm gelungen ist, den kämpfenden Textilarbeitern den Dolchstoß zu versetzen. Der Gewerkschaftsangehörte Kieger, nicht einen Pfennig mehr wert wie der älteste Schmidt, drückte sich vor der Verantwortung und blieb der genannten Stadtverordnetenfraktion fern. Auf Grund dieser Vorkätereien hat sich in Sagan ein

Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe gebildet, das versuchen wird, bei den Geschäftsleuten eine Sammlung durchzuführen, um den besonders wirtschaftlich schlecht dastehenden ausgeperrten, und auch denen, die keinerlei Unterstützung erhalten, etwas zu geben. Es hängt von dem Erfolg der Sammlung ab, wann die erste Lebensmittelverteilung stattfindet. Es ist aber heute schon als sicher anzunehmen, daß die erste Verteilung in den ersten Tagen der kommenden Woche stattfinden wird. Desgleichen werden ab Freitag, den 7. Juni

Beratungskunden für alle Ausgeperrten in der Brauerei Tivoli, Restaurant Zingel, abgehalten. Die Beratungen sind kostenlos und finden täglich von 9—12 Uhr statt.

Wüste Hege gegen die Opposition

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)
Eine in Görlitz vom Deutschen Textilarbeiterverband einberufene Mitgliederversammlung befaßte sich mit der Aussperrung.

Gauleiter Frisch sprach über den Stand der Verhandlung. In eineinhalbstündiger Rede ging er auf alle möglichen Dinge ein, ging aber um den Kern der Sache herum wie die Rahe um den Mantelstark. Einen wunderbaren Eiertanz vollführte er um den Mantelstark. Er sagte, daß der alte bis zum 1. Juli laufe, und der neue von den Arbeitervertretern abgelehnt worden sei. Was nun aus dem Mantelstark geworden ist, darüber zu reden hätte Frisch allem Anschein nach kein Interesse. Entgehend auf die Verhandlungen in Paris (!) gab Redner bekannt, daß man sich endlich auf eine jährliche Reparationszahlung von 2060 000 000 Mark geeinigt habe, und daß nun „unsere“ Wirtschaft dadurch einen Aufschwung nehmen werde! Nun, der große Wirtschaftspolitiker Frisch muß es doch wohl wissen. Böse Bauchschmerzen verursachten ihm die Forderungen der Opposition. Er warnte die Mitglieder vor diesen Leuten, die sogar die Unorganisierten unterstützen wollen. (!) Leider vergaß er zu erwähnen, warum es noch so viele Unorganisierte gibt. Als nächster Redner trat der Angestellte Mateis auf. Schon nach ein paar Worten bekam er seinen unheilbaren Kommunismokoller. Wenn die SPD. nicht bald dafür sorgt, daß Mateis schnellstens einen Präsidenten- oder Ministerposten erhält, schnappt er wohl bald über.

Die Zuchrist aus Görlitz zeigt, daß die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten nach wie vor ihre wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung der revolutionären Opposition sehen. Doch die Textilarbeiter lassen sich dadurch nicht beirren. Die Arbeiterkorrespondenz aus Sagan beweist, daß die Kämpfenden trotz und trotz allem sich zu helfen wissen. Das Saganer Beispiel muß in allen Kampfzonen Nachahmung finden.

Arbeiter, Vertätigte begreift: Die mit Hungerlöhnen entlohnten Textilproleten haben gegen den mächtigen Dreieck: Unternehmer, Gewerkschaftsbürokratie, staatliche Schlichtung zu kämpfen. Unterstützt die Textilproleten in ihrem Kampfe!

Die Grubenbesitzer drohen!

Die Kumpels der „Bergfreiheit“-Grube sollen eingeschüchtern werden

Wir berichteten bereits über die Kampfvorbereitungen der Kumpels der Erzgrube „Bergfreiheit“ bei Schmiedeberg für Verbesserung ihrer Hungerlöhne. Als Antwort auf die eingereichten Kündigungen hat die Grubenverwaltung nunmehr folgenden Anschlag herausgebracht, der wert ist, allen Arbeitern zur Kenntnis gebracht zu werden:

„Am 1. Juni sind uns die Kündigungschriften von 349 Arbeitern zugegangen, die der Grube ihr Arbeitsverhältnis für den 15. Juni 1929 aufgekündigt haben. 32 Belegschaftsmitglieder haben sich bisher der Kündigung nicht angeschlossen. Die Betriebsleitung ist genau darüber unterrichtet, auf wessen Betreiben dieser Schritt der Gesamtkündigung der Belegschaft zurückzuführen ist, und wendet sich mit den nachstehenden Ausführungen an Euch, Kameraden, um Euch in letzter Stunde vor unüberlegten Schritten mit allen ihren Folgen für Euch und Eure Familien zu bewahren.“

Der Beschluß, das Arbeitsverhältnis zu kündigen, ist in einer Belegschaftsversammlung mit angeblich 172 Stimmen gefaßt worden. Schon daraus ergibt sich, daß nicht einmal die Hälfte der Belegschaft an diesem Beschluß mitbeteiligt war. Wenn trotzdem 349 Kündigungen eingegangen sind, so weiß die Betriebsleitung ganz genau, daß ein sehr großer Teil dieser Kündigungschriften nur unterzeichnet und abgehandelt worden ist, weil von einer gewerkschaftlich beeinflussten Minderheit der verständigere Teil der Belegschaft unter Druck und Drohung hierzu veranlaßt wurde. An diesen verständigeren Teil der Belegschaft wenden wir uns heute in erster Linie, um ihm die Folgen dieses unüberlegten Schrittes vor Augen zu führen, und wenigstens den Versuch zu machen, daß die Kündigung zurückgenommen wird.

Die Betriebsleitung ist bereit, die am 1. Juni ausgeprochenen Kündigungen als nicht geschehen anzusehen, wenn bis zum 12. Juni bei den Abteilungsleitern eine Erklärung abgegeben wird, daß die Kündigung zurückgenommen wird.

Kameraden! Laßt Euch nicht von unverantwortlichen Hechern in Eurem Entschluß zur Zurücknahme der Kündigung beeinflussen! Die Abteilungsleiter sind angewiesen, über die erfolgte Zurücknahme der Kündigung strengste Vertraulichkeit zu bewahren. Die Betriebsleitung selbst wird alles tun, um am 15. Juni denjenigen Teil der Belegschaft, der die Kündigungen zurückgenommen hat und arbeitswillig ist, zu schützen. Zu diesem Zweck sind die Polizeibehörden der Stadt und des Kreises von den bevorstehenden Ereignissen in Kenntnis gesetzt und um ihren Schutz ersucht worden. Auch wird gegebenenfalls die Betriebsleitung den Einsatz der Leichenroschiffe in Erwägung ziehen, wenn die Zahl der Arbeitswilligen zur Fortführung des Betriebes nicht ausreichen sollte. Auch ferner werden die zuständigen Arbeitsämter um Zuweisung von Ersatzarbeitkräften ersucht werden. Wir können der Belegschaft schon heute mitteilen, daß wir den Teil der Belegschaft der

am 15. Juni nicht zur Arbeit kommt, voraussichtlich auch nicht wieder einstellen werden, wenn Erjak für die Arbeitskräfte beschafft worden ist.

Kameraden! Ihr geht also unter Umständen Eurer Arbeitsstelle verlustig, wenn Ihr den unüberlegten Schritt der Kündigung aufrechtzuehaltet. Möglicherweise muß auch noch damit gerechnet werden, daß dieser Schritt überhaupt zur Stilllegung der Grube führt und Euch und Eure Familien dauernd brotlos macht. Denkt an das Schicksal der Schwefelgrube Rosnau, deren Stilllegung seinerzeit vermeintlich wurde, weil der Bergarbeiterverband die Belegschaft in einen unverantwortlichen Lohnkonflikt hineingetrieben hat.

Überlegt Euch also, genau, ob Ihr Eure Kündigungen, einer Hege zuliebe, aufrechterhalten wollt, oder es doch nicht vorzieht, die Kündigung bis zum 12. Juni zurückzunehmen. Die Folgen für Euch und Eure Familien sind unübersehbar. Bedenkt auch, daß Ihr keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung habt, weil nach § 91, Abs. 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch einen Zustand verursacht worden ist, keine Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Die wirtschaftliche Lage der Grube ist Euch bekannt. Ihr wißt, daß die Betriebsleitung in dem schweren Existenzkampf, den die Grube seit Jahren führt, nichts unversucht gelassen hat, um wirtschaftliche Erleichterungen durchzusetzen. Mit diesen Versuchen wird die Betriebsleitung auch unweidlich fortfahren, da nur dann die Möglichkeit besteht, auch Eure wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die Betriebsleitung der Bergfreiheit-Grube.

Verhölz.

Der Anschlag der Schmiedeburger Grubenbesitzer kennzeichnet so recht den Geist der deutschen Unternehmer. Sie zahlen Hungerlöhne und behaupten, stets für „wirtschaftliche Erleichterungen“ der Arbeiter eingetreten zu sein. Sie reden von Unrentabilität ihrer Werke und steden horrenden Gewinne ein. Wenn die Arbeiter im Kampf ihre Arbeitsbedingungen verbessern wollen, so drohen die Unternehmer mit Stilllegung, Tenzug und Entzug der Arbeitslosenunterstützung. Die Unternehmer wissen, daß sie bei der Durchführung dieser Maßnahmen auf vollste Unterstützung der in Frage kommenden Stellen rechnen können.

Kumpels der „Bergfreiheit“-Grube, laßt euch durch die Drohungen nicht einschüchtern! Auch nicht ein Mann darf die Kündigung zurücknehmen! Wählt euch eine Kampflinie und tretet unter ihrer Führung in den Streit! Zeigt dem Unternehmertum, daß ihr nicht länger gewillt seid, bei voller Arbeit zu hungern!

Der grandiose Plan des sozialistischen Aufbaus in der USSR.

Der Fünfjahrplan der wirtschaftlichen Entwicklung

Seit Beendigung des Bürgerkrieges in Sowjetrußland schreitet der wirtschaftliche Aufbau des Landes unaufhaltsam vorwärts. 1926 war die Wiederherstellung der durch Krieg, Epidemie und Hungersnot zerstörten Wirtschaft abgeschlossen, das heißt das Niveau von 1913 war erreicht. Das Weiterstreben begann. Aber für den proletarischen Staat kann es sich nicht darum handeln, die eingeschlagene Richtung einfach nur immer weiter zu verfolgen. Der Sowjetstaat muß — seinem sozialistischen Ziel getreu — die ganze Struktur der Wirtschaft von Grund auf umgestalten (rekonstruieren), um erstens die Gesamtwirtschaft zu einer sozialistischen zu machen, das heißt, das Privateigentum vollständig zu verdrängen, und zweitens, vom kapitalistischen Ausland möglichst unabhängig zu werden. Diese Rekonstruktion folgt den Richtlinien der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die bereits auf ihren 14. und 15. Parteitagen als Hauptaufgabe festgelegt hatte: die Industrialisierung und der Ausbau der sozialistischen Teile der Wirtschaft in Stadt und Land. Die Industrialisierung ist nicht Industriesaufbau an sich, sondern in erster Linie der Aufbau derjenigen Industriezweige, die Produktionsmittel (Maschinenwerkzeuge usw.) erzeugen, damit mit ihnen um so mehr Bedarfsmittel produziert werden können. Für Rußland, das Land, das unter dem Zarismus fast sämtliche Maschinen bezog und vom Auslande absolut abhängig war, ist die Industrialisierung eine gewaltige Aufgabe, die riesiger Geldmittel und Kraftanstrengungen bedarf.

Der Plan des Aufbaues

Die Wirtschaft des Sowjetstaates unterscheidet sich prinzipiell von der der kapitalistischen Staaten dadurch, daß sie eine strenge Planwirtschaft ist. Mit anderen Worten, während unter dem Kapitalismus die einzelnen Unternehmer (auch Konzerne und Trusts) daraufloswirtschaften, nur von dem einen Wunsche befeuert, möglichst viel Profit für sich herauszuschinden und die Konkurrenz kaputt zu machen, arbeitet die Gesamtwirtschaft der USSR nach einem bestimmten Plan im Interesse des proletarischen Staates. Diese Planmäßigkeit ist natürlich nur dadurch möglich, daß dem Staate allein fast die gesamten Produktionsmittel (Grund und Boden, Betriebe, Bodenschätze, Verkehrsmittel usw. usw.) gehören und er es in der Hand hat, den einen Produktionszweig einmal mehr auszubauen, die Mittel aus der einen Branche zur Entfaltung einer anderen herauszunehmen u. a. m.

Jedes Jahr stellt die Planwirtschaftskommission (Gosplan) des Staates einen bestimmten Plan auf, der die gesamte Produktion, Rohstoffverwendung, Mittelverteilung usw. im voraus festlegt. Die sogenannten „Kontrollziffern“ für jedes Wirtschaftsjahr (vom 1. Oktober bis 30. September) geben ein genaues Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Bisher sind die aufgestellten Pläne erfüllt, ja, zum großen Teil noch übertroffen worden. Um einen Überblick auf weite Sicht zu haben, werden neben dem Jahresplan Fünf-Jahres-Pläne aufgestellt, so von 1925-29 bis einschließlich 1932-33. Dieser letztere Fünf-Jahres-Plan zeigt uns in seinem ganzen gewaltigen Ausmaß den Plan der nächst kommenden Entwicklung.

Die Sprache der Zahlen

Für die Weiterentwicklung der Wirtschaft plant die Sowjetregierung in den nächsten fünf Jahren 64,6 Milliarden Rubel (in Mark gerechnet ist die Zahl immer zu verdoppeln) zu investieren. Eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt, daß in den letzten fünf Jahren 1923-24 bis 1927-28 24 Milliarden Rubel ausgeworfen wurden. Davon entfallen (in Milliarden Rubel) auf:

	1927-28—1932-33	1923-24—1927-28
Die Industrie	16,4	4,4
Die Landwirtschaft	23,2	15,0
Das Verkehrswesen	10,0	2,7
Die Elektrifizierung	3,1	0,9

Entsprechend den Investitionen wird das Volkseinkommen von 24,4 Milliarden Rubel im Jahre 1927-28 auf 49,7 Milliarden Rubel im Jahre 1932-33 steigen. Das ergibt eine jährliche Steigerung des Volkseinkommens um 12 Prozent, das heißt ein Tempo, das um das Vierfache das zaristische Rußland übertrifft und auch jedem kapitalistischen Lande vorangeht.



Baumwolle in der Sowjetunion

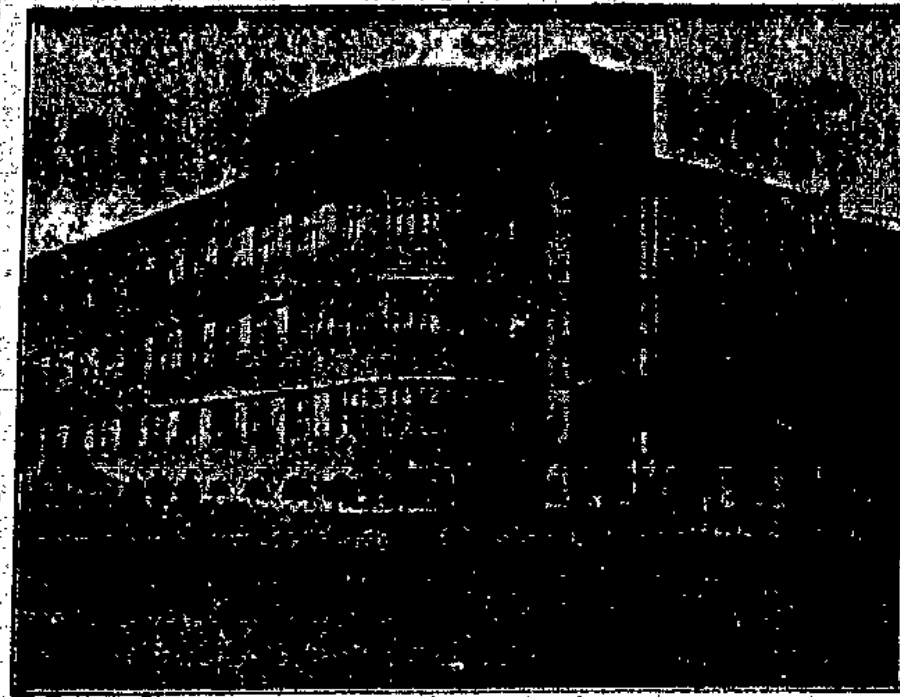
Die öden turkestanischen Steppen werden durch Anlage von großen Wasserstationen in riesige Baumwollfelder verwandelt. Das Bild zeigt eine Wasserstation.

64,6 Milliarden Rubel im Jahre 1932-33 steigen. Das ergibt eine jährliche Steigerung des Volkseinkommens um 12 Prozent, das heißt ein Tempo, das um das Vierfache das zaristische Rußland übertrifft und auch jedem kapitalistischen Lande vorangeht.

Für die Produktion der Industrie allein ist im Jahre 1932-33 eine Verdoppelung des Produktionsniveaus zu erreichen (von 18,3 Milliarden 1927-28 auf 43,2 Milliarden 1932-33).

Entsprechend der Lösung der Industrialisierung werden die Investitionen für den Aufbau der Industrie (78 Prozent aller Produktionsmittel erzeugen. In der Metallindustrie werden

neue Riesenbetriebe gebaut, so Lelbeh, Mignitorg usw., so daß die Gewinnung von Eisenerz von 3 1/2 Millionen Tonnen 1927-28 auf 10 Millionen Tonnen 1932-33 gesteigert wird. Im Kohlenbergbau werden neue Riesenanlagen im Donez- und Kusbeden (Sibirien), im Ural- und im Moskauer Gebiet errichtet, so daß die jährliche Kohlenförderung von 35 auf 75 Millionen Tonnen erhöht werden wird. Der Maschinenbau (Autos, Traktoren, Werkzeugmaschinen usw.) soll um das Dreieinhalbfache, der Bau landwirtschaftlicher Maschinen um das Vierfache gesteigert werden. Gewaltig ist der Elektrifizierungsplan, der noch in der schlimmsten Zeit des Bürgerkrieges nach Lenins Idee begonnen wurde. Schon arbeitet Wolchowskaja, die Kraftanlage, die die ganze Industrie Leningrads mit Strom speist, schon arbeiten viele andere neue Kraftanlagen. In den



Elektrifizierung des Landes

Das Hauptverwaltungsgebäude für das Kraftwerk am Dnjepr.

kommenden fünf Jahren sollen weitere 42 Kraftanlagen errichtet werden (davon das Riesenwerk Dneprostrom in der Ukraine); die Produktion elektrischer Energie wird somit von 5 auf 22 Milliarden Kilowattstunden steigen.

Dann die chemische Industrie, die so wichtig ist für die Abwehr des chemischen Krieges einerseits und die Versorgung der Landwirtschaft mit künstlichem Dünger. In fünf Jahren soll die Produktion von 175 000 Tonnen auf über 8 Millionen Tonnen (im Jahre 1932-33) gesteigert werden.

Die wenigen Zahlen zeigen das Werk, das die Sowjetunion, ganz auf sich selbst angewiesen, ohne Dawes-Plan, ohne Hilfe von außen, vollbringt!

Die Kollektivierung der Landwirtschaft

geht vor sich erstens durch den Bau von „Sowjetwirtschaften“, das heißt Muttergütern des Staates, und zweitens durch die Zusammenfassung von einzelnen Bauernwirtschaften (der armen und mittleren Bauern) zu Kollektivwirtschaften. Schon gibt es in der USSR 38 000 Kollektivwirtschaften mit einer Anbaufläche von 1,5 Millionen Hektar. Riesige Getreidefabriken entstehen im Nordkaukasus, in der Ukraine, an der Wolga und in Sibirien. Nach fünf Jahren werden die Kollektivwirtschaften 40 Prozent des gesamten Getreides, das auf den Markt kommt, produzieren. Die wirtschaftliche Macht der Kulaken wird endgültig gebrochen sein.

Zur Schaffung der landwirtschaftlichen Großbetriebe bedarf man der Maschinen, des künstlichen Düngers, verbesserter Arbeitsmethoden, qualifizierter Kräfte, die Kulturrevolution im Dorfe. Während die Bauernwirtschaft unter dem Zaren überhaupt nicht wußte, was ein Traktor ist, arbeiten jetzt bereits 36 000 Traktoren in den Dörfern. Nach fünf Jahren sollen es 170 000 werden. Ein Drittel aller Bauernhöfe ist genossenschaftlich erfasst. Die Reinigung des Saatguts und bessere Arbeitsmethoden steigern den Ernteertrag.

Mit der Industrialisierung der Landwirtschaft wächst die landwirtschaftliche Industrie, so die Zuckerverarbeitung, die Milch-, Fleischindustrie, Hühnerzucht und der Anbau von Nutzpflanzen (Zitrus, Baumwolle, Zuckerrüben usw.).

Sozialismus verdrängt Privatkapital

Das Wachstum allein charakterisiert noch nicht vollauf den Weg des sozialistischen Aufbaus. Es geht darum, daß die Privatunternehmungen immer mehr von den sozialistischen (den staatlichen und genossenschaftlichen) verdrängt werden. Der Fünfjahrplan sieht ein entschiedenes, starkes Wachstum der sozialistischen Elemente vor. Betrachtet man die Fonds in Prozenten der Gesamtsumme, so ergibt sich folgende Verteilung:

	1927-28	1932-33
Staatliche Fonds (sozialistisch)	51,0 %	63,8 %
Genossenschaftliche Fonds (sozialistisch)	1,7 %	5,3 %
Privat	47,3 %	31,3 %

Von der sozialistischen Gesamtproduktion entfallen auf:

	1927-28	1932-33
Die Industrie	80,0 %	92,0 %
Die Landwirtschaft	2,0 %	15,0 %
Der Einzelhandel	75,0 %	91,0 %

Wie wir sehen, muß das Privatkapital noch verdrängt werden aus der Landwirtschaft, wo jetzt noch 25 Millionen einzelne Bauernwirtschaften bestehen, sowie aus dem Einzelhandel.

Wenn die Feinde des Sowjetstaates, die den Sinn der sozialistischen Aufbaus nicht begreifen können und wollen, über-

den „Kapitalismus“ in Sowjetrußland fassen, so besitzen wir nicht das Vorhandensein der kapitalistischen Elemente in der Wirtschaft, der NEP (Neue Oekonomische Politik), die noch keine reine sozialistische Wirtschaft ist. Alle sogenannten Kommandohöhen (Groß- und Mittelindustrie, Transportwesen, Banken, gesamtlicher Außenhandel, der größte Teil des Innenhandels usw.) liegen in den Händen des Staates, aber auf dem flachen Lande sind die kapitalistischen Elemente (ein Teil der Bauernschaft mit der dünnen Schicht der Kulaken) dadurch erhalten, daß (zwar auf dem nationalisierten Grund und Boden) Bauern private kapitalistische Wirtschaften. Es fragt sich aber, wie geht die Entwicklung vor sich? Werden die kapitalistischen Elemente mit jedem Jahr stärker oder schwächer? Die Tatsachen beweisen das Gegenteil! Mit jedem Jahr geht der Anteil des Privateigentums in Produktion und Handel immer mehr zurück zugunsten des sozialistischen Anteils. Der Fünfjahrplan zeigt ebenfalls deutlich diese Entwicklung: vollständige Überwindung der kapitalistischen Reste, hin zum Sozialismus!

Die Früchte des Sozialismus der Arbeiterchaft

Entsprechend dem Wachstum der Wirtschaft wächst der Wohlstand der Massen. Nach dem Fünfjahrplan soll der Durchschnittslohn der Industriearbeiter bis 1932-33 um 71 Prozent wachsen. Die Gesamteinkünfte der Bauernbevölkerung wachsen um diese Zeitspanne um 67 Prozent. Dazu kommen die sozialen Errungenschaften. Jetzt arbeiten bereits weit über 400 000 Arbeiter Nebenständig, bei einer sonstigen strikten Durchführung des Achtstundentages (sechs Stunden für Jugendliche und unter Tag). Die durchschnittliche Dauer des Arbeitstages soll von 7,71 Stunden im Jahre 1927-28 auf 6,48 Stunden herabgesetzt werden können, bei einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit. Die durchschnittliche Arbeitswoche soll von 44,8 auf 40,2 Stunden verkürzt werden. In der USA beträgt die durchschnittliche Arbeitswoche gegenwärtig 49,6 Stunden, in England 47,1 und in Deutschland 47 bis 52 Stunden!

Der Heroismus des Aufbaus

Das russische Proletariat hat durch Taten gezeigt, daß es mit dem größten Opfermut nicht nur für die Revolution bluten und kämpfen kann, sondern auch zu arbeiten versteht. Auffallend ist, daß die Sowjetrepublikaner aus dem allgemeinen Ruin der Nachkriegszeit (und Nachrevolutionzeit) ihre Wirtschaft in rascherem Tempo wieder hergestellt haben, als dies den fort-



Das größte Kraftwerk Europas wird in der Sowjetunion gebaut. Das Projekt des Dnjepr-Werkes.

geschrittenen kapitalistischen Staaten gelang. Betrachtet man den Stand der Produktion in der USSR und in den kapitalistischen Ländern, so ergibt sich, daß 1928 zum Beispiel England um etwa 10 Prozent noch hinter dem Niveau von 1913 zurückblieb, Deutschland erreichte — bei all seinem Erfolg durch die Rationalisierung auf dem Rücken der Arbeiterchaft — 104 Prozent des Vorkriegsniveaus, Frankreich 126 Prozent usw., und die USSR 120 Prozent der Produktion. Die Fortschritte in einzelnen Gebieten sind noch auffällender. So hat die USSR ihren Kohlenbergbau in viel rascherem Tempo wiederhergestellt als die Weltwirtschaft. Nach dem Fünfjahrplan wird 1932-33 auf jeden Industriearbeiter 2,7 PS elektrische Energie entfallen. Das bedeutet fast eine Verdoppelung, genauer eine Zunahme von 84 Prozent in fünf Jahren (von 1,4 auf 2,73 PS), während Deutschland in 18 Jahren (1907 bis 1925) die Produktion elektrischer Energie um 124 Prozent und England in 17 Jahren (1907 bis 1924) um nur 34,6 Prozent steigerten. Diese und andere Zahlen illustrieren, daß es keine leere Phrase ist, wenn das Proletariat der Sowjetunion heute der Parole der Kommunistischen Partei der Sowjetunion folgt, die lautet:

„Die kapitalistischen Länder überholen!“

Wenn die Entwicklung weiter so verläuft und keine imperialistische Intervention den Aufbau des Sozialismus gefährdet, dann wird die USSR auch wirtschaftlich die kapitalistische Welt überholen. Natürlich sind viele gewaltige Schwierigkeiten auf diesem Wege zu überwinden, sind Opfer zu bringen. Aber das siegreiche Proletariat der USSR hat durch seine ganze Vergangenheit bewiesen, daß es der größten Schwierigkeiten Herr werden kann. Ein imperialistischer Krieg gegen die USSR würde den Aufbau des Sozialismus, also die Sache des Weltproletariats durchkreuzen. Es ist deshalb Pflicht jedes Klassenbewußten Arbeiters, der mit Sympathie den sozialistischen Aufbau der Sowjetunion verfolgt, dafür zu kämpfen, daß ein solcher Krieg unmöglich wird. Unser Kampftruf lautet:

Es lebe der sozialistische Aufbau!
Hände weg von der Sowjetunion!

Fr. Rubiner.

Breslauer Wucheretat angenommen

Mietensteigerung beschlossen — Gas und Elektrizität werden teurer — Kommunistische Abrechnung mit einem Jahr Sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Breslau, 7. Juni.

Als die gestrige Stadtverordnetenversammlung um 17 Uhr beginnen sollte, war der Sitzungssaal leer. Deutschnationale und Volksparteiler berieten in ihren Fraktionszimmern noch immer über den Kuhhandel mit den Sozialdemokraten. Endlich gegen 17.45 Uhr war der erbärmliche Schacher perfekt geworden. Sozialdemokraten, Deutschnationale und Kommunisten hatten sich geeinigt, um den Wucheretat, der der wertvollen Bevölkerung Mietenerhöhung, Steigerung der Gas- und Elektrizitätspreise bringt, zu beschließen.

In fünfjähriger Sitzung wurde dann eine umfangreiche Tagesordnung, in deren Mittelpunkt die Etatsfragen standen, erledigt.

Eröffnung der Sitzung gegen 18 Uhr. Es erfolgen die Einführungen von Sosninka (Ztr.) an Stelle Unterbergers als Stadtdirektor und von Fofse (Soz.) und Unterberger (Ztr.) als Stadträte. Der sozialdemokratische Stadtdirektor Unterberger wandte sich besonders „herzliche“ Worte für Unterberger, dessen Scheiden aus der Stadtverordnetenversammlung er, wie er sagt, mit „tränenben Augen“ (!) verfolgt. In der Vorstand wird für Unterberger Daumann (Ztr.) gewählt.

Unter Mitteilungen verliest der Bürodirektor einen Brief des Unterrichtsamministers, der das Verlangen der Stadtverordnetenversammlung, der Kommunistischen Jugend und der jetzt vertretenen roten Jungfront

Schuldume zur Verfügung zu stellen, ablehnt, mit dem Hinweis auf die „Staatsgefährlichkeit“ dieser Organisationen. (Zurück bei den Komm. Das ist eure „Demokratie“!)

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangt Genosse Jylla, die Vorlage über den Geländeaustausch zwischen Stadt und Kirchengemeinde Walbert nicht in der geheimen, sondern in der öffentlichen Sitzung zu behandeln. Der Vorsteher erklärte, wenn die Vorlage in der Sitzung noch drankomme, darüber abstimmen zu wollen.

Zu dem Etat der Breslauer Theater spricht Genosse Dombrowski: Die kommunistische Fraktion lehnt den 680 000 Mark betragenden Zuschuß für das Stadttheater mit Entschiedenheit ab. Die Gednot dieses in erster Linie dem Amüsierbedürfnis der Bourgeois dienenden Theaters kommt von der unverantwortlichen Verschwendung her, die dort getrieben wird. Der bisherige Intendant hat 38 000 Mark Jahresgehalt, der Bürodirektor 18 000 Mark jährlich bezogen. Diese Riesengehälter stehen im Widerspruch zu der elenden Bezahlung der in diesem Theater beschäftigten Bühnenarbeiter und vor allem der Garderobenfrauen. Die Kommunisten verlangen, daß an den Stargehältern gespart wird. Im Gegensatz zu dem Stadttheater werden die Kommunisten den 60 000 Mark betragenden Zuschuß für Lobe- und Thalia-Theater bewilligen, schon deswegen, weil die Aufführungen dieser beiden Theater in letzter Zeit öfter die But der Kulturreaktionäre herbeigerufen haben und weil uns im Ausschuß zugelagt worden ist, daß die Erwerbsslösen sowohl im Stadt- wie auch im Lobe- und Thalia-Theater alle 14 Tage eine Freivorstellung erhalten.

Der Etat des Wohlfahrtsamtes wird von dem Sozialdemokraten Tlich vertheidigt, der ihn als große Leistung feiert und verlangt, die kommunistischen Verbesserungsanträge abzulehnen. Unter großer Aufmerksamkeit selbst der Sozialdemokraten und Bürgerlichen rechnet Genosse Jylla in einrückvoller Weise mit dem Wohlfahrtsamt ab: Die Herren, die sich hier als prima Kommunalpolitiker aufspielen, haben völlig verlag. Die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung wird neue Anforderungen an den Etat des Wohlfahrtsamtes stellen. Die lächerlich geringen Unterstützungen reichen nicht einmal für Lebensmittel. Sie wollen wissen, wo die Mittel für den kommunistischen Antrag hergenommen werden sollen? Für das Stadttheater werden 680 000 Mark und für die „Wuna“ 650 000 Mark hinausgeworfen. Weiterhin haben wir beantragt, die Mittel für den Religionsunterricht an den Schulen und die riesenhaften Polizeischüsse abzulehnen. Davon wollen Sie aber nichts wissen, obwohl diese Beträge genügen würden, den kommunistischen Antrag auf Erhöhung der Mischsätze um 20 Prozent zu erfüllen.

Stadtrat Landsberg (Soz.) versucht die Angriffe unseres Genossen zu entkräften, indem er Herrn Tlich nachbetet, die Kommunisten würden „keine Gelder“ bereitstellen. — Genosse Dombrowski ergreift zu diesem Punkte ebenfalls das Wort: Die Handelskammer und die Unternehmer haben sich in unerschämter Weise über die „Höfe“ des Wohlfahrtsamtes beschwert. Die Träger der heutigen Politik haben auch für die Mittel zu sorgen. Wir lassen uns durch die sozialdemokratischen Demagogiemäßen nicht irremachen. Die Opfer des kapitalistischen Systems müssen wenigstens das Existenzminimum haben. — Tlich polemisiert im Schlußwort noch etwas gegen unsere Genossen. Es klingt aber alles sehr matt, da die Feststellungen unserer Genossen unumwiderlegbar sind. — Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Der Wucheretat wird, diesmal ohne Badegosen-Debatte, angenommen. Mitglieder von Schwimmvereinen erhalten in Freibädern ermäßigte Jahreskarten zum Preise von 5 Mark (Erwachsene), 3 Mark (Jugend), 2 Mark (Kinder).

Dem Straßenaushubetat wird in der Ausschlußfassung, also ohne Tarifserhöhungen, beifällig zugestimmt. Zum Etat der Frankenanstalten kritisiert Genosse Adelt die außerordentlich schlechte Verpflegung (wenig Butter, viel Margarine) und geht dabei im einzelnen auf die von uns bereits in einem besonderen Artikel behandelten toten Ernährungszuständen im „Allerheiligenhospital“ ein, wo die Nachtwach-Schwester eine Apfel-sine oder ein Ei als Zulagen-Speisung erhalten. Genosse Adelt verlangt Annahme des kommunistischen Antrages,

die Zuwendungen für „Gottesdienst“ in Krankenhäusern und in der Irrenanstalt zu streichen und diese Summe für eine bessere Verpflegung zu verwenden.

Stadtrat Landsberg erlaubt sich, anstatt zur Sache zu sprechen, in seiner Antwort aus Verger über die allgemein beachtete Rebe des Genossen Adelt eine Reihe unerhörter Angriffe gegen die sowjetrussischen Bolschewiken, in denen „Mein und Selt“ getrunken werde. Im übrigen behauptet er unter lebhaften Hört-Hört-Rufen auf der Tribüne, Margarine sei ebenso nahrhaft wie Butter. Genosse Dombrowski läßt diesen merkwürdigen Magistratsvertreter gehörig abfahren, indem er feststellt, daß Landsberg offenbar die Stadtverordnetenversammlung mit einer Versammlung der antibolschewistischen Liga verwechselt hat. Wenn in der russischen Wirtschaft manchmal Essen stattfinden, dann deswegen, weil Rußland mit den kapitalistischen Ländern Wirtschaftsbeziehungen aufrechterhalten muß, und dabei eben nicht anders kann, als dann und wann aus Geschäftsrücksichten derartige Essen zu veranstalten. Schuld daran, daß unsere russischen Genossen das noch tun müssen, ist die internationale Sozialdemokratie, die im Jahre 1918 dem europäischen Kapitalismus das Leben gerettet hat. — In der Abstimmung wird der kommunistische Antrag, der im Ausschuß angenommen (!) war, gegen Kommunisten und einige Sozialdemokraten abgelehnt.

Der übrige Teil der SPD-Fraktion, darunter Krumm, Cäflein usw., ist also für Religion in der Irrenanstalt. Brave Knaben!

Als letzter Einzeletat vor der Schlußabstimmung wird noch der Steueretat angenommen, der neben erhöhten Gewerbesteuer (neue Sätze: 25 Prozent vom Ertrage und 1700 Prozent vom Kapital) eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 65 Prozent (nicht 10 Prozent wie wir gestern schrieben), und damit eine Steigerung der Miete um weitere 2 Prozent bringt.

Herr Tlich bemühte sich dann in einem Referat über den nochmals umgedruckten Etat, seine Fraktion reinzuwaschen und das lässliche Kompromiß mit dem Hinweis auf die „drohende Zwangsetablierung“ zu rechtfertigen. Stadtdirektor Friedrich gab im Namen der deutschnationalen Fraktion eine Erklärung ab, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß diese „schweren Herzens“ dem Etat zustimmt. Sie habe sich zu diesem Opfer entschlossen, weil die Sozialdemokraten ihren Machtstandpunkt ausgegeben und in kultureller Hinsicht den Deutschnationalen und dem Zentrum Konzessionen gemacht haben. Zum Schluß drohte der deutschnationale Redner mit „schärfster Opposition“ seiner Partei, falls der Magistrat im kommenden Jahre nicht größte Sparfameit übe und alle Etatsüberschreitungen verhindern. Die Redner des Zentrums, der Volkspartei und der Demokraten gaben ebenfalls Erklärungen ab, in denen sie versicherten, daß sie trotz „schwerer Bedenken“ dem Etat ihre Zustimmung geben werden.

Genosse Adelt unterzog der Etat und das elende Kompromiß der SPD. auf Kosten der Verbraucher einer vernichtenden Kritik.

Der Erhöhung der Lebenshaltung, die durch Verteuerung von Miete, Gas und Elektrizität noch gesteigert wird, stellte Genosse Adelt die Hungerlöhne der Arbeiter

gegenüber, erinnerte an die schändliche Schlichtungspraxis und wies besonders auf den bevorstehenden Lohnkampf der städtischen Arbeiter hin. Wenn dieselben ein paar Pfennige Lohnmehrung erhalten, ist dieselbe bereits durch die Gehührenerhöhung überholt. Dann verliest Genosse Adelt folgende

Erklärung:
Unter der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionregierung in Reich und Staat, sind die Haushaltspläne aufgebaut gemäß den Befehlen der Industriekapitale. Sie sind gekennzeichnet durch „Sparfameit“, geübt auf Kosten der wertvollen Massen. Auf der einen Seite Abbau der sozialen Ausgaben, auf der anderen Erhöhung der Aufwendungen für die Aufrüstung und den Unterdrückungsapparat der Bourgeoisie — das sind die Früchte der Koalitionspolitik.

Die Politik, die im Reich und Staat getrieben wird, hat zwangsläufig ihre Auswirkung auf die Gestaltung des kommunalen Lebens. Je größer die Ausgaben für den Machtapparat, desto geringer die Zuweisungen an die Gemeinden, und desto größer deren Finanznot. Der vorliegende Haushaltsplan der Stadt Breslau bringt neue Lasten für die Werktätigen. Die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität werden nochmals erhöht; der Satz für die Grundvermögenssteuer wird heraufgeschraubt, obwohl die Hausbesitzer jede Erhöhung dieser Steuer auf die Mieter abwälzen.

Das ist das Geschenk der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition, die sich auch in Breslau nach der Ablehnung des kommunistischen Vorschlages auf Durchführung der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit gebildet hat. Trotz des Verwerbes von der schweren Finanzlage der Stadt, hat die sozialdemokratische Fraktion 650 000 Mark für die „Wuna“ bewilligt, und nach einem erbärmlichen Umkauf und unverhüllten Kuhhandel mit Zentrum und Deutschnationalen die bereits von ihr abgelehnten 100 000 Mark für die Standeschulen der Reichen doch noch in den Etat eingeleitet.

Ferner hat die sozialdemokratische Fraktion die Anträge der Kommunisten auf Streichung der Zuschüsse für Religionen unterrichtet an städtischen Schulen abgelehnt. — Am deutlichsten zeigt sich der Klassencharakter des Etats in der Erhöhung des Zuschusses für die Bürgerkriegsarmee, die Polizei, um weitere hunderttausend Mark.

Die kommunistische Fraktion lehnt aus all den angeführten Gründen den Stadthaushaltsplan für 1929 ab.

Kogam (Mietepartei) gab eine Erklärung ab, daß seine Partei den Etat wegen der Erhöhung der Grundvermögenssteuer ablehnt. Dasselbe tat Herr Reim, der „realpolitische Forderungen“ zur Behebung der Finanznot aufstelle, u. a. den Einheitsstaat — wie ihn sein Meister Brandler aufstiftet — forderte. Auch Stein (Wöllisch) trat für Ablehnung des Etats ein. Nach einer weinerlichen Rede des Oberbürgermeisters, der feierlich Versicherung versicherte und einem langen Schlußwort von Tlich — in dem er sich fast ausschließlich mit den Angriffen des Genossen Adelt beschäftigte und diese vergeblich mit Rechenbuchsünden zu entkräften versuchte — wurde der Etat von der Einheitsfront der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Zentrum, Volksparteiler und Demokraten angenommen.

Rote Fahne auf der Laurentiuskirche!

Die Laurentiuskirche liegt inmitten eines alten Friedhofes auf der Selenestraße. Ihr spitzer Turm kann 50 Meter hoch sein. Denen, die jeden Morgen an der Kirche vorbei zur Arbeit eilen, ist sie eigentlich bisher noch gar nicht so recht aufgefallen.

Heute morgen aber war das anders. Da fiel etwas auf, was das altgewohnte und darum eben unbeachtete Bild veränderte hatte. Da wehte nämlich lustig im Winde eine rote Fahne. Jawohl, eine rote Fahne auf einer Kirchturmspitze. Die Spießer, die es auch in diesem Viertel gibt, wollten es zuerst nicht glauben. Sie riefen sich die Augen. Die rote Fahne blieb. Wer war das? Der Teufel...?

Die Proleten, die die Fahne sahen, erkannten schneller, was los war. Sie schmunzelten. „Keine Perls, diese roten Frontkämpfer“, sagten sie sich und sehten dem herübernd hinzu. „Das muß eine halbbröcherliche Arbeit gewesen sein, am ganzen Kreuzknopf hatten sie keinen Halt, aber sie haben's doch geschafft.“

Bis zur Stunde hängt die Fahne noch. Flattert den Arbeitern zum Gruß. „Rot Front“ steht auf dem roten Tuch. Und „Rot Front lebt“ ist auf der der Kirche gegenüberliegenden Mauer des Hedwig-Klosters zu lesen.

Jawohl: „Rot Front lebt“, und Rot Front wird immer leben. Heute ist es noch eine Kirche, auf der die rote Fahne grüßt. Es wird einmal ein Tag kommen, an dem auf allen Kirchen die Sturmflagge der Revolution weht. Und nicht nur auf ihnen!

Wie wir nach Redaktionschluß erfahren, sind gegenwärtig Dachbedeker mit dem Herunterholen der Fahne beschäftigt.

Tödlicher Straßenunfall. Am Donnerstag wurde die Witwe Berta Bilkonial, 84 Jahre alt, an der Ede Roonstraße 86/40 von einem Personenkraftwagen erfasst und zu Boden gerissen, so daß sie schwer verletzt liegen blieb. Der Kraftwagen brachte die Greisin nach dem Krankenhaus der Elisabethinerinnen, wo aber nur der inzwischen eingetretene Tod festgestellt wurde.

Die Untersuchung gegen Frau Neumann. Der Breslauer Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Dito, hat sich wieder nach Berlin begeben, um der Gegenüberstellung aller Zeugen mit Frau Neumann beizuwohnen. Auch der Verteidiger der Frau Neumann, Rechtsanwalt Salz, hat sich nach Berlin begeben.

Die städtische Volksberatungsstelle, Karlstraße 11, Schloßhöfe 18, 1. Etage, ist im Monat Mai von 2114 Personen, und zwar 1139 Männer und 975 Frauen, besucht worden. Außerdem sind 89 Schriftsätze angefertigt und 67 fernmündliche Auskünfte gegeben worden. Die kostenlosen Beratungen erfolgen werktätlich in der Zeit von 8 bis 14 Uhr.

„Mittelschlesien“ und „Versammlungskalender“ siehe auf Seite „Waldburg-Niedererschlesien“.

Sonntag, 16. Juni

Rote Presse-Fahrt

nach Bieisdwitz - Margareth

Abfahrt 5,30 Uhr von der Freiheitsbrücke

Schalmeykonzert, Tanz, Spiele, Preisschiessen, Überraschungen

Hin- u. Rückfahrt 1,- Mk., Kinder 0,25 Mk

Karten im Vorverkauf bei allen Kolporteurs der „Arbeiter-Zeitung“

Fest der Solidarität!

Sonntag, 9. Juni, im „Bergkeller“
Doppelkonzert * Fackelzug * Feuerwerk
Der Reinertrag ist zugunsten der ausgesperrten Textilarbeiter

Waldenburger Bergland

Achtung, Ortsgruppenkassierer!
Bis zum 10. Juni muß die Abrechnung an die Bezirksleitung getätigt sein.

Der Wahlkampf in Ober-Salzbrunn kann losgehen!

A. K. Am 23. Juni finden in Ober-Salzbrunn die Kommunalwahlen statt. Großes Kopfzerbrechen gibt es bei denen, die die Wahlen vorzeitig veranstalten. Als sich eines Abends voriger Woche ein Teil der Bürgerlichen im Freischützchen zusammengefunden hatte, um die Kandidatenliste aufzustellen, gab es stürmische Auseinandersetzungen. Das veranlaßte Passanten, der Tagung Gehör zu schenken, dachten sie doch, die größten Naderhelfen vor sich zu haben. Man hörte u. a. Aeußerungen wie: „Das muß ein Mann sein!“, „Dazu brauchen wir Männer!“. Dann steigerte sich der Krach. Eine Frau rief: „Der Mann ist despotisch, der muß raus, mit ihm kann man nicht weiter tagen!“. Der Aufforderung folgte die lauteste Diskutieren setzte im Hofe des Lokals ein. Die Tagung ging mitter und es begann die Aftenauffstellung. Alle bürgerlichen Parteien, Richtungen und Schattierungen fanden ihren Platz auf der Liste. Da findet man außer den Logierhausbesitzern mehrere Geschäftleute, Lehrer, Bauern sowie kleine Handwerker. Auch der Bahnarbeiter Rother fand seinen Platz auf der Liste. Mit dieser Aufmachung werden die Wahlen verlaufen, in den Wahlkampf zu ziehen.

Wahlkämpfer von Ober-Salzbrunn und Sandberg, laßt euch nicht irritieren. Eure Stimme gilt nur der Liste der kommunistischen Partei!

Am 28. Juni Termin gegen Rathle

Die Pressestelle des Magistrats Waldenburg teilt mit: Wie bereits früher bekanntgegeben, hat die Staatsanwaltschaft in Berlin gegen den Bankier Theodor Rathle Anklage wegen Betruges, begangen zum Nachteil der Stadt Waldenburg in der Obligationenangelegenheit, wegen Betruges gegen das Depotgeschäft und gegen das Börsengeschäft erhoben. Inzwischen ist vom Schöffengericht Berlin-Mitte (Abt. 208) Termin zur Hauptverhandlung auf den 28. Juni 1929 und folgende Tage angesetzt worden. Die Verhandlung findet statt im Kriminalgericht, Alt-Moabit 11, Saal 123, und beginnt am 28. Juni, vormittags 9 Uhr.

Ab Juli Staatspolizei in Groß-Waldenburg

Wie verkündet, werden die Vorarbeiten für die Einrichtung der staatlichen Polizei in Groß-Waldenburg so gefördert, daß sie im Juli in Waldenburg, Ober-Waldenburg, Dittersbach, Nieder-Hermisdorf, Weißstein und Konradsthal in Kraft treten wird. Zu den bereits bestehenden Polizeirevierern wird ein solches in Weißstein mit einer Abzweigung in Nieder-Hermisdorf und einem Posten in Konradsthal sowie ein Revier in Dittersbach treten. Regierungsrat Dr. Simon aus Breslau hat seine Tätigkeit als Überleitungsbeamter bereits aufgenommen. Wenn die Ernennung eines Polizeipräsidenten erfolgt, kann im August noch nicht gesagt werden. Die Diensträume der neuen Verwaltung werden bekanntlich zunächst in den alten Räumen des Finanzamtes untergebracht.

Nieder-Salzbrunn. Von den Freidenkern. Die letzte Versammlung beschäftigte sich mit dem in der Generalversammlung bereits angenommenen Antrag, eine Bibliothek für die hiesige Ortsgruppe zu gründen. Der Genosse Brun wies darauf hin, daß dem Antrag der Generalversammlung bereits entsprochen wurde. Zur Ausführung gelangte ein auf naturwissenschaftlichen Grundlagen

aufgebautes Werk. Das Werk besteht aus 40 Bänden. Es ist jedem Mitglied und auch Nichtmitgliedern zum Lesen wärmstens zu empfehlen. Der Preis für eine vierwöchige Leihzeit beträgt für Mitglieder 10 Pf., für Nichtmitglieder 20 Pf. Die Ortsgruppen werden durch Rundschreiben aufgefordert, sich an der Einweihung des Kommunallesehofes am 18. Juni in Waldenburg zu beteiligen. Sammelplatz in Altwasser, „Eisernes Kreuz“, um 2 Uhr. Mitgliedsbuch ist als Ausweis mitzubringen.

Schweidnitz

Auf dem Postamt beschloßen. Auf dem Postamt wurde einer Frau eine Aktentasche mit einem Sparbuchs und einer Sparbüchse mit 80 Mark gestohlen.

Jauer

In die Messer geraten. Beim Nachschleifen der Messer der Siedemaschine geriet der Arbeiter Oskar Prägig in Profen in die Messer. Er schnitt sich den rechten Zeigefinger bis auf den Knochen durch.

Striegau

Auswechslung einer Brücke. In der Nacht zum Freitag wurde die Brücke über das Striegauer Wasser nach dem Passieren der letzten Jäger ausgewechselt.

Landeshut

Bezirksübung der Arbeiter-Samariter. Die im 8. Bezirk des schlesischen Kreises des Arbeiter-Samariter-Bundes zusammengeschlossenen Kolonnen veranstalteten in Liebau eine Bezirksübung. Der dieser war Treffpunkt aller Kolonnen das Gewerkschaftshaus. Der angenehme Unglücksort war die Glasfabrik, in deren Hofe die schwer- und leichtverletzten Personen verbunden und nach dem nächstgelegenen Sportplatz (angenommen als Lazarett) gefahren, getragen oder geführt wurden. Nach Ueberführung des letzten Verwundeten nach dem vorgenannten Platz wurde von Oberstabsarzt Dr. Lehmann-Liebau, welcher als leitender Arzt fungierte, eine Kritik ausgeübt, welche als zufriedenstellend ausfiel.

Liebau. Lehrlingsprotest. Die Liebauer Handwerksmeister, eine gar christliche Junst, hatten immer in der Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge eine erspriechliche Leistung zu verzeichnen. An der Spitze der Junst marschiert der Oberkatholik, Schuhmachermeister Schmidt, welcher die Lehrlinge nicht nur länger arbeiten läßt, sondern noch in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Schuhmacherlehrlinge hatten den Mut aufgebracht und ihre lange Arbeitszeit über acht Stunden dem Gewerberat mitgeteilt. Dieser nahm eine Kontrolle vor: die zünftigen Meisterlein bezahlten nun ihre Strafe. Natürlich liegt es jetzt an Schülern nicht. Bemerkenswert ist, daß die Lehrlinge in den anderen Berufen nun auch ansanzen zu rumorn. Die Schulzeitungen der K.Z. scheinen nicht ohne Früchte geblieben zu sein.

Liebau. Von einer Nichte abgestürzt. Auf dem „Heiligen“ Berg bestieg ein 18-jähriger junger Mann eine hohe Nichte. Als er sich im Gipfel zu weit verneigte, stürzte er ab und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

Niederschlesien

Görlitz

Entflohener Zuchthäusler beklaut einen Geistlichen

In der Nacht vom 4. zum 5. Juni beobachtete eine Streife des Fahndungskommandos in einem Breslauer Vergnügungstempel einen gegen gelichteten jungen Mann, der in Gesellschaft zweier „Damen“ bei Tisch und Cognac mit Geld sehr freigebig war. Er verweigerte zunächst die Angabe seiner Personalien und spielte den Entrüsteten. Bei einer Verhörerüberprüfung wurden Schriftstücke und andere Gegenstände gefunden, die auf einen Einbruchdiebstahl schließen ließen. Im Polizeidienstvermerk gab er dann zu, der von einem Transport nach der Strafkolonie Wobau entwichene Zuchthausgefangene Ernst Buntz sei, geboren am 19. Januar 1903, zu sein, der wegen Raubdes und Brandstiftung noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hat. Unter dem Druck der bei ihm vorgefundenen Beweismittel gestand er dann, in der vorherigen Nacht in der Straußstraße 19 in Görlitz in die Wohnung eines Geistlichen eingestiegen und dort einen Heberzieher und einen Betrag von etwa 350 Mark entwendet zu haben.

Gefährlicher Bürgerkrieg. Ab Sonntag findet der Junimarkt, verbunden mit dem Vergnügungsfest, auf dem Nikolagraben statt. Die Folge des anhaltenden Regenwetters ist das Begehen des rechten Bürgerkrieges des Nikolagrabens an und für sich mit Lebensgefahr verbunden. Doch die Hauptursache der vielen Unfälle ist ein seit Jahren verfallener Baum in der Straße. Es ist bedauerlich, daß der Magistrat dieses Hindernis nicht aus dem Wege schaffen läßt. Am letzten Sonntag wurde beobachtet, daß mehrere Passanten stolperten, stürzten und sich sogar Verletzungen zuzogen.

Rameradachtsabend des RZMB.

am Sonnabend, 8. Juni, 20 Uhr, im Viktoria-Garten, Biesnig. Anschließend Tanz.

In einem Abflußgraben erstickt. Beim Grasen erstickt die 5-jährige Witwe Bürger aus Helena einen Schlaganfall. Sie stürzte in einen tiefen Abflußgraben und erstickte. Die Leiche wurde nach einiger Zeit vom Sohne gefunden.

Sproffau

Von der Arbeit in den Tod. Während der Ackerarbeit wurde der 47-jährige Landwirt Paul Schade in Sproffau plötzlich vom Tode ereilt. Man fand ihn tot in knieender Stellung an seinem Wagen. Sein Pferd weidete ruhig das Gras am Ackerende ab.

Goldberg

Die Kleinen hängt man.... Der frühere Kanzleiangestellte Hermann Kunig, der vom 24. November 1927 bis 23. Januar 1929 in Parochy in Stellung war, gab während dieser Zeit an, er sei Mitglied einer Ersatzkasse, also in einer Krankenversicherung. Er ließ sich die Krankenkassenbeiträge — etwa 20 Mark im Monat — auszahlen und verwendete sie für sich, da er in Wirklichkeit nicht in der angegebenen Kasse war. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Liegnitz,

vor dem er sich nun zu verantworten hatte, brachte er als Entschuldigung seine Notlage vor, in die er durch mißliche Umstände geriet. Das Gericht erkannte trotzdem, obwohl er unbestraft ist, wegen Betruges auf zwei Monate Gefängnis. — Ein Bauunternehmer, der 350 Mark unterschlägt (siehe heutigen Bericht unter Liegnitz), kommt jedoch nicht ins Gefängnis!

Liegnitz

Rot Front, trotz alledem!

Am Sonntagmorgen war die Parole „Rot Front, trotz alledem!“ auf den Straßen zu lesen. Wahrscheinlich vom Reichsbanner (oder nicht?) zum Goutreffen gemalt. Ein Artikel, betitelt „Kommunistische Späße“, war darauf im „Krummhaarsblatt“ zu lesen. Zur gefälligen Kenntnisnahme: Wir werden uns nie an das Verbot gewöhnen, weil wir einfach nicht zu verbieten sind. Weder „große“ noch „kleine Metallarbeiter“ werden es je zustande bringen, eine revolutionäre Organisation durch einen Federstrich zu erlebigen. Aber auch die Polizei ist sehr naiv. Als am Dienstag die kommunistische Jugend nach einem Ausflug sich mit „Rot Front“ verabschiedete, kam ein „Schüler der Ordnung“ und fragte sie, seit wann der RZB nicht mehr verboten ist. Dem RZB mit der K.Z. verwechseln kann auch nur ein Polizeibeamter. Blinder Eifer schadet nur! Wie wäre es, wenn solche „Tätigkeit“ in anderen Angelegenheiten an den Tag gelegt würde?

Sozialversicherungsbeiträge unterschlagen. Der Bauunternehmer Richard Biedermann führte in der Zeit vom Juni 1927 bis Februar 1928 rund 380 Mark Sozialversicherungsbeiträge, die er seinen Angestellten abgezogen hatte, nicht ab und hatte sich daher vor dem Erweiterten Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Reichsversicherungsordnung zu verantworten. Er wurde nur zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt, mit der Begründung, daß er sich in einer wirtschaftlichen Notlage befand. Bei Proleten nimmt man gewöhnlich darauf keine Rücksicht.

Beim Spagenschießen lebensgefährlich verletzt. Am Mittwoch nachmittag schoß in Hummel der Ziegeleiarbeiter Koch mit einem Leßling nach Sperlingen. Plötzlich löste sich aus unbekannter Ursache ein Schuß. Die volle Ladung ging dem Unglücklichen in den Unterleib. Lebensgefährlich verletzt wurde er von der Sanitätskolonne ins St.-Georg-Krankenhaus nach Liegnitz transportiert, wo er mit dem Tode ringt.

Aus dem Riesengebirge

Sie wollte in den Tod. Mit Veronal suchte sich die Inhaberin eines Schokoladengeschäftes in Hirschberg zu vergiften. Sie wurde ins Krankenhaus überführt. Die Tat ist auf gesellschaftliche Sorgen zurückzuführen.

Mittelschlesien

Grünhübel. Achtung, Jungarbeiter! Am Sonnabend um 20 Uhr findet im Total Berg in Grünhübel eine öffentliche Jugendversammlung statt. Alle Jungarbeiter sind eingeladen, daran teilzunehmen, da wir auch in Grünhübel eine Ortsgruppe des kommunistischen Jugendverbandes gründen wollen.

Brieg. „Blütenfest.“ Sonnabend veranstaltet die Spielvereinigung ein Blütenfest bei Schjowel, in Brieghübel. Um rege Unterstützung ersucht der Vorstand.

Dhau. Fußballerien spiele. 10 Uhr: Dhau Jgd. gegen B. f. B. Jgd., 2 Uhr: Dhau III — B. f. B. III; 3.30 Uhr: Dhau II — B. f. B. II; 5 Uhr: Dhau I — B. f. B. I.

Ströhlen. Holzjücker mit dem Revolver. Ein junger Mann suchte ein 9-jähriges Mädchen zu vergewaltigen, indem er es mit dem Revolver bedrohte. Auf die Hilferufe des Mädchens entfloh er aber auf seinem Rade.

Briefkasten

Die Adresse der „Welt am Abend“ lautet: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 20. — Schmiedeberg. Der Bericht ist doch veröffentlicht worden.

Die Landesarbeitsführung der IAW findet am Sonntag, dem 9. Juni, um 9 Uhr, in Breslau, „Bergeller“, Fleischlastraße, statt.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
Breslau
— Stadttell Zentrum. Freitag außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 12. Parteitag der K.P.D. und die kommende Arbeit in unserem Stadttell.
— Stadttell Nordost. Freitag 20 Uhr bei Weisig, Uferstraße, Generalmitgliederversammlung. Referent anwesend.
— Stadttell Nord. Freitag von 17—19 Uhr beim Hauptkassierer alles abrechnen.
— Stadttell Süd. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Funke, Jostenstraße 12.
— Stadttell Ost. Freitag 20 Uhr: Mitgliederberufung der Straßenzeile 2 im „Wobitzhloß“, Wobitzstraße. Was muß notwendig erscheinen, Funktionäre laden ein.
Ströhlen. Sonnabend 19.30 Uhr bei Wende. Funktionärstung.
Liegnitz. Alle männlichen Mitglieder der Organisationen treffen sich am Sonnabend 19.30 Uhr am Nordpark. Sympathisierende können mitgebracht werden.
- Kommunistischer Jugendverband**
Breslau
— West. Sonntag früh 6 Uhr am Striegauer Platz. Was muß erscheinen.
Nieder-Salzbrunn. Freitag 19 Uhr treffen sich alle Jugendgenossen beim Genossen Paul zum Selbstenb. Jeder Genosse(in) muß erscheinen. Gäste willkommen.
Nieder-Salzbrunn. Sonntag Wanderung nach der Talpierre. Wir treffen uns 6.30 Uhr an der Endstation.
- Jung-Spartakus-Bund**
Breslau
— West. Alle Pioniere, auch von den anderen Gruppen, treffen sich Sonntag 7.30 Uhr am Wellpark.
- Noter Frauen- und Mädchenbund**
Breslau
— Zur Abfahrt nach Deutsch-Lissa treffen wir uns Sonnabend Punkt 18 Uhr am Freiburger Bahnhof. Fahrgeiß: Sonntagshofplatz 70 Pommeln.
- Sonstige Organisationen.**
Breslau
— Arbeiter-Esperanto-Gruppe. Freitag 20 Uhr im Gruppenlokal Monatsberufung.
— Internationaler Bund der Kriegs- und Arbeitsopfer. Freitag 19.30 Uhr: Versammlung im „Lach“, Ursulinerstraße.
Schweidnitz. Note Hiltz. Freitag 19.30 Uhr bei Gabel sehr wichtige Mitgliederberufung. Referent des Bezirksvorstandes anwesend.
Klein-Mohbern. Note Hiltz. Sonnabend 19.30 Uhr: Mitgliederberufung bei Gießer, Klein-Mohbern. Erscheinen ist Pflicht. Bericht über die Bezirkskonferenz. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Freiburg. Arbeiter-Samariter-Kolonnen. Sonnabend 20 Uhr: Versammlung im „Frieden“. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.
Weißstein. Arbeiter-Samariter-Kolonnen. Sonntag 8.30 Uhr Monatsberufung im „Feuerwehrtrot“. Zahlreiches Erscheinen Pflicht. Wichtige Tagesordnung!
Nieder-Salzbrunn. Mieterkassenverein. Sonnabend 19.30 Uhr: Außerordentliche Mitgliederberufung im „Frieden“. Zahlreiches Erscheinen Pflicht. Da Ersatzwahlen für 1. Vorsitzenden und Unterassistenten notwendig machen.
Freiburg. Ersatzwahl des RZB. Montag 19.30 Uhr, im „Grünen Baum“ Kronenlindenberke. Alle Vertreter der Orts- und Kreisgruppen müssen erscheinen. Ebenso alle Gewerkschaftsfunktionäre.
Waldenburg-Altwasser. Arbeiter-Samariter-Bund. Sonntag 9 Uhr im „Eisernen Kreuz“, Waldenburg-Altwasser. Monatsberufung. Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Serientage im „Rauhaus zum Strauß“!

Die Nacht des Einkaufes und der Leistungsfähigkeit liegt im Zusammenhang und der Konzentration. Von diesem Gesichtspunkt aus handelnd hat sich die Firma Lindemann L. G. Berlin mit der Firma Rudolph Karstadt L. G. Hamburg vereint. Die Erfolge dieses Zusammenstufes werden dem laufenden Publikum erstmalig die bevorstehenden Serientage vor Augen führen.
Das „Rauhaus zum Strauß“ bringt zu dieser Veranstaltung Höchstleistungen in Qualität und Preis. Einen kleinen Teil dieser vortellhaften Serienangebote finden Sie in der heutigen vierseitigen Beilage.
Das „Rauhaus zum Strauß“ läßt nichts außer acht, um seinen Kunden Preisvorteile seltenster Art zu bieten. Nutzen Sie diese Sonderveranstaltung, es ist bestimmt von großem Wert.

Oberschlesien

Um den außerordentlichen Etat in Gleiwitz

Kein Geld für Wohlfahrtsausgaben, dafür Schaffung neuer Posten — Kommunisten gegen den Polizeietat

Über den Verlauf der Stadtverordnetenversammlung in Gleiwitz wird aus dem Bericht über den außerordentlichen Etat ersichtlich. Es handelt sich fast ausschließlich um Posten für die Höhe von fast 13 Millionen Mark. Als Gegenbericht erstattete ergriff Genosse Wehr das Wort und forderte, daß 500 000 Mark für die Ferngasleitung Gleiwitz—Hindenburg, 185 000 Mark für eine Kanalisation und 880 000 Mark für ein Kanalsystem gestrichen werden sollen. Die eingehenden Beiträge sind für Durchgangsstraßen und Straßen in den Arbeitervierteln zu verwenden. Angenommen würde der kommunistische Antrag, welcher fordert, daß die Schalkhaer Straße und der Peter-Paul-Platz gepflastert werden sollen.

Bei der Beratung des Stellenplanes kam es zwischen dem Zentrum und Arbeiterjugend zu lebhaften Auseinandersetzungen. Jeder wollte nur für sich allein das Recht in Anspruch nehmen, am besten „Wirtschaften“ zu können. Das Zentrum hat noch Leute die irgendwo Untergeld verdienen müssen, und hat auch den Deutschen Nationalen Fraktionen erteilt. Trotzdem der Zentrumsmagistrat bei jedem zweiten Satz das Wort „Notjahr“ trägt, ging er dazu über, drei neue Stellen zu beantragen (1 Magistratsrat, 1 Magistrats-Schulrat und 1 Magistratsrat für die Käse) mit einem Aufwand von etwa 25—28 000 Mark. In namentlicher Abstimmung wurden die Stellen mit den Stimmen des Zentrums und der Deutschen Nationalen genehmigt.

Unter Protest verließen Kommunisten und Arbeiterjugend die Sitzung.

Dr. Herrstadt von der SPD hielt seine zwei Mann bei der Sitzung; denn es konnte doch sehr leicht möglich sein, einen Wohnungs-Kontrollor oder einen anderen Posten zu besetzen. Erst als sich Herrstadt umfas und im Vorzimmer einige Protesten sah, war ihm das Herz in die Hosentasche gerückt, und er verließ mit den Seinen reumütig den Sitzungssaal.

Zentrum, Deutsche Nationalen und Demokraten tagten weiter und verabschiedeten die Etats: Schulen, Polizei, Bauverwaltung, Kunst und Wissenschaft, sowie Betriebe und Unternehmungen.

Zu Beginn der neuen Sitzung gab für die kommunistische Fraktion Genosse Wehr eine Erklärung ab, und forderte einige Veränderungen zum Etat Schlachthof und Beleuchtung. Zum Polizeietat gab die kommunistische Fraktion nachstehende Erklärung zu Protokoll:

Am 1., 2. und 3. Mai wurden in Berlin 28 Arbeiter auf Befehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgel von der sogenannten Schutzpolizei erschossen. Unter den Getöteten befinden sich Frauen und Jugendliche. Die Polizei hatte nicht die geringste Veranlassung, gegen die Arbeiter-Schaft vorzugehen. Sie hat eine regelrechte Treibjagd auf die Arbeiter veranstaltet. Nirgends war jemand seines Lebens sicher. Von einem Balkon wurden zwei Arbeiterfrauen heruntergeschossen. Arbeiter, die ihrer Beschäftigung nachgingen, wurden von der entmenschten Polizei umgebracht. Selbst bürgerliche Journalisten fielen diesem Polizeimassaker zum Opfer. Diese Tatsache beweist uns von neuem, daß die Polizei auch nicht im entferntesten dazu da ist, Leben und Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, sondern daß sie eine ausgesprochene Würger-Fraktion ist, die um Lohn und Arbeit ringenden Arbeiter niederzulauern sucht. Angesichts dieser Tatsache lehnt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion die im Etat vorgesehenen Mittel in Höhe von 280 000 Mark für die staatliche Polizei ab.

Bei der Beratung des Wohlfahrts-etats kam es klar zum Ausdruck, daß außer den Kommunisten kein einziger Stadtverordneter auch nur den Versuch unternahm, den Wohlfahrts-etat im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung auszugestalten. Genosse Bellert ging den Rednern der einzelnen Fraktionen hart an den Leib und stellte verschiedene Anträge auf Erhöhungen für Sozial- und Kleinrentner, Tuberkulosefürsorge, Kindesbeihilfen, Wdwenrentnerfürsorge und verschiedene andere. Genosse Bellert betonte, daß selbst der Wohlfahrts-etat in seiner Denkschrift feststellt, daß die im Etat vorgesehenen Sätze viel zu niedrig seien. Trotzdem wurden alle kommunistischen Anträge abgelehnt.

Die Steuerberatung wurde vertagt. Bericht folgt.

Ein Arbeiter verdrängt

Aus Jülich schreibt uns ein Arbeiter: Schon oft haben wir bemerkt, daß die Rationalisierung und die Antreiberei die Arbeiter aller Ansätze sind. Das Rezept einer Reichsunfallmode wird dieses Uebel nicht abschaffen.

Am 31. Mai waren mehrere Arbeiter in der Sandgrube des Arbeiterbürgers Edward Baitel mit Schachtarbeiten beschäftigt. Nachweislich ist nicht vorschriftsgemäß gearbeitet worden. Statt den Abraum abzutragen wurde Raubbau getätigt. Vor Ort soll ein meterhohes Loch gewesen sein, in welchem der Arbeiter Josef Grzywa stand und Sand hinausbeförderte. Gegen 8 Uhr morgens stürzte die Wand ein und begrub bis an den Leib den Grzywa, während die letzten anderen Arbeiter bis an die Knie verdrängt wurden. Während die letzteren sich freimachen konnten, blieb Grzywa in dem Loch verdrängt. Auf dem Rücken liegend sah er seinem Tode entgegen. Gleich darauf löste sich eine zweite Schicht und begrub den Grzywa. Nach etwa zwei Stunden gelang es mehreren Arbeitern, die bei einem Abbruch in der Nähe beschäftigt sind, den Grzywa tot auszugraben. Grzywa, welcher erst 20 Jahre alt ist, war eine Stütze seiner Eltern.

Wer trägt die Schuld an diesem Mord? Die Polizeiverwaltung möchte solche Mordverbrechen schließen, zumal es ihr bekannt war, in welchem Zustande sämtliche Gruben sind. Der Arbeitgeber ist mit verantwortlich; denn er hat die nötige Sorgfalt für die Sicherheit außer acht gelassen. Wir fordern im Interesse aller Arbeiter strengste Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen!

Ratibor

Strompreise

Aus Markowitz wird uns von der aus kleinen Landwirten und Arbeitern bestehenden Elektrizitätsgenossenschaft eine Beschwerde über die unerträglichen Strompreise zur Veröffentlichung übersandt. Infolge unserer beschränkten Raumes können wir dieselbe nicht vollständig wiedergeben. Die bürgerlichen und die Fachgelehrten haben diese Beschwerde ganz abgelehnt, und zwar nicht wegen Raummangels, sondern deswegen, weil die kleinen Genossenschaftler gegen die Aus-

plünderung durch das Ueberlandwerk protestieren.

Die kleinen Genossenschaftler protestieren mit Recht. Das Ueberlandwerk benachteiligt dieselben in unerhörter Weise. Obwohl die ländlichen Genossenschaften an der Errichtung der Gesamtanlage den gleichen Anteil haben wie die Industrie, müssen sie den Strom viel teurer bezahlen. Verschiedene Eingaben, selbst an den Landeshauptmann, wurden mit Versprechungen erledigt.

Wir unterstützen hiermit die Beschwerde der kleinen Elektrizitätsgenossenschaften und verlangen, besonders vom Landeshauptmann, daß die Strompreise für das Land herabgesetzt werden.

Gleiwitz

Zöllig überfahren

Am Mittwoch, dem 5. Juni, 11.30 Uhr lief das 3½ Jahr alte Kind des Eisenbahners Lima von der Paulstraße in den gerade abfahrenden städtischen Autobus. Das Kind kam zu Fall und wurde mit dem hinteren Kabe über den Kopf gefahren. Es war auf der Stelle tot. Den Chauffeur trifft keine Schuld. Die Leiche des Kindes wurde nach dem Polizeipräsidium geschafft.

Patschkau

Kranfturz auf die Eisenbahngleise

Am Montagmorgen um 7.20 Uhr stürzte aus noch ungeklärter Ursache ein großer Dampfkran der Bauarbeitsgemeinschaft Staubecken Dittmarchau bei Ausführung von Erdarbeiten rückwärts die Böschung hinab und fiel auf die Gleise der Reichsbahnstraße Dittmarchau—Patschkau. Der Kran versperrte die Durchfahrt der Züge von und nach Patschkau, so daß die Züge 80 Minuten Verspätung hatten. Menschenleben kamen glücklicherweise nicht zu Schaden.

Kreuzburg

Was ist mit dem Waffenfund bei Haberland geschehen?

Im Monat Januar d. J. wurden bei einer Hausdurchsuchung beim Gärtner Haberland 27 Stück Ober-Gewehre gefunden. Die Polizei-

beholdungnahme diese so demüthigt damit die Suche als erwünscht gegen Haberland, der ein ausgesprochener Reaktionär ist, wurde bis heute nicht unternommen. Waren die Waffen bei einem Arbeiter gefunden worden, so hätte er schon längst im Gefängnis, die Organisationsleitung, der er eventuell angehört hätte, wäre verboten.

Warum wird hier nichts unternommen? Die Arbeiterschaft verlangt Antwort.

Oppeln

Aus der Praxis des Hineinwachsens in den „Sozialismus“

A. R. Wie wenig ernst die Versprechungen der SPD. und Gewerkschaftsführer sind, die so gern von dem „Hineinwachsen in den Sozialismus“ (alsbaldern, bewußt) folgender Vorfall: In der Gemeindegemeinschaft A. R. Neudorf (siehe das Kreisbauamt Oppeln die Bauten der Kreisbediensteten und Gemeinbewohnhäuser aus. Mit welchem wachstüchtigen Hefttempo dort die Arbeiter betrieblen werden, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Die dort herrschenden Zustände beunruhigten die Kollegen der dortigen Belegschaft, in einer Hausversammlung dazu Stellung zu nehmen. Entsetzt über diese Wägen der Belegschaft wandte sich der Voller Hilfesuchend an die Bezirksleitung des Bauergewerksbundes Oppeln. Prompt erschien am nächsten Tage der Angestellte Stach des BGD. Oppeln, um bei eventuellen „Ungehörigkeiten“ der Arbeiter sie zur Aktion zu bringen. Stach wurde von den Kollegen auf die unbillbarsten Zustände in Punkte Antreiberel auf dem Bau hingewiesen. Darauf erklärte er: „Ja, angetrieben wird heute überall.“ Nach Ansicht des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Stach erfolgt nun das Hineinwachsen in den Sozialismus nach einer schärfer angewandten Unternehmermethode: gettelte Intensivierung der Arbeit, verschärfte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Ein Beweis praktischer Gewerkschaftspolitik der Reformisten.

So machen es „feine“ Leute!

A. K. Schlossermeister Wedert jr. sah am 20. 5. in der Abend-Garnitur und machte eine Bege. Als es zum Bezahlten kam, weigerte er sich, seine Schuld zu begleichen. Als ihn der Kellner Penzel abermals zur Zahlung aufforderte, wurde ihm von W. gesagt, er solle sich das Geld vom Abend-Birt Binder auszahlen lassen, da ihm derselbe Geld für eine angefertigte Arbeit schulde. Wedert verließ darauf das Lokal, zahlte auf der Straße sein Geld, kehrte nochmals in das Lokal zurück und versuchte, mit dem Kellner Streitigkeiten anzufangen, indem er denselben in ganz gemeiner Art beschimpfte. Der Kellner wollte darauf den Landjäger anrufen. Das jedoch verweigerte der Sohn des Gastwirts dem Kellner. W., dadurch ermutigt, beschimpfte den Kellner nun weiter.

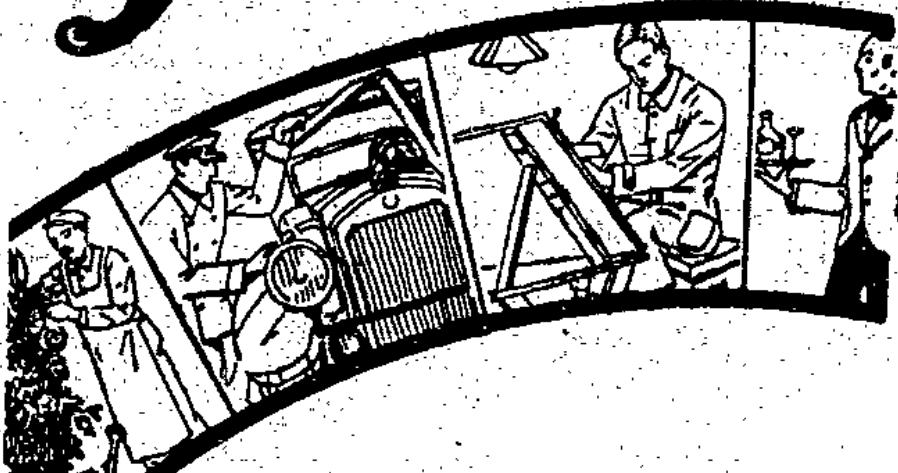
Das sind die sogenannten feinen Leute. Da die Abend-Garnitur der Stadt gehört, möchten wir einmal die Frage stellen, ob der Magistrat nicht etwas unternehmen will, daß das Personal des Herrn Binder vor solchen Flegelgeiern geschützt wird?

Ihr Beruf!

erfordert richtige, mit Sachkenntnis hergestellte **Berufs-Kleidung!**

Solche Kleidung finden Sie bei uns für alle Zwecke in Ausführungen, die äußerste Haltbarkeit verbürgen!

Und dabei werden Ihnen unsere außerordentlich niedrigen Preise viel Geld sparen.



Ärzt-Mäntel aus gutem Cöper 8.50, 7.95, 6.95 **5 95**

Koch- u. Konditorjacken a. prima Cöper **5 50**

Schutz- und Lager-Mäntel a. Nessel und gutem Cöper 8.75, 7.50, 6.25 **5 50**

Fischerjacken aus ps. Cöper und gestr. Satin 6.50 **5 90**

Malerkittel prima Nessel **4 90**

Kellnerjacken aus gutem Cöper **5 95**

Mechaniker- und Setzertittel **4 95**

Monteurjacken aus prima Drell und Cöper. 2.75 **3 25**
Hosen dazu passend . . . 2.75 **3 25**

Nachdruck von Wort und Bild verboten

Rudolf Petersdorf

BRESLAU-OHLAUERSTRASSE-SCHUHBRÜCKE

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H., Breslau, Gartenstr. 67 (Capitol)

Hindenburg

Ueber ein Unglück am Zollhaus

Vorgestern gegen 13 Uhr wurde beim Zollhaus auf der Biszipiger Straße ein Straßenpassant beim Ueberstreiten des Fahrdammes von einem Personenauto angefahren und erheblich verletzt. Der Verunglückte wurde in dem Personenauto nach dem Krankenhaus gebracht.

Beuthen

Kellerbrand

Im Keller des Hauses Bahnhofstraße 1 war am Mittwoch in der Mittagsstunde ein Brand entstanden, der die im Hause befindlichen Geschäftsräume mit starkem Rauch anfüllte, wodurch der Anschein eines größeren Schadenfeuers erweckt wurde. Der Brand wurde von der zu Hilfe gerufenen Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht.

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Von Sonnabend, den 8. 6.
 bis Sonnabend, den 15. 6.
 täglich 20.15 Uhr
 Saisonverkauf 1929
 Neue im Lobetheater
 in 12 Bildern
 Texte: Max Opbült
 Musik von Harry Malton

Thalia-Theater
 Von Sonnabend, den 8. 6.
 bis Sonnabend, den 15. 6.
 täglich 20.15 Uhr
 Der Mann, der seinen
 Namen änderte
 Süd in 3 Akten
 von Edgar Wallace, deutsch
 von Hans Rothe

Sie verdienen
täglich
 10 Mark
 mit Schürzenkel
 Nur persönl. kommen
Reste
 in Serge, Kette, Cel-
 wand, Hermelfutter,
 Rohhaar, Garn, Knöpfe,
 Kernseife, Erdal
 alles sehr stillig
 prima Ware
 Detail und Engros
Berth. Lippert
 Breslau
 Pelarische 16
 Filiale: Oberstr. 17
 Welzbergergasse 43

Welt-Bühne Astoria-Palast
 Friedrich-Wilhelm-Str. 35 Fürstenstraße 32
 W. 8 u. 8 1/2 Uhr S. 3, 6, 8 1/2 Uhr W. 5 S. 3 U. Letzte Vorst. 8 1/2 U.
 Der spannendste Kriminalfilm
 der Gegenwart
Der Prozeß
Edwards - Romani
 (Indizienbeweis)
 mit
 Ruth Weyher, Harry Edwards, Olaf Fjord
 zeigt in packenden Bildern, wie leicht Unschuldige
 auf Grund eines Indizienbeweises verurteilt werden
 können (Fälle Jakubowski, Dujardin, Trautmann)
 im Beiprogramm:
Weltbühne | Astoria-Palast
Mikosch rückt ein | Der Held des Tages
 und die große Bühnenschau.

Am 31. Mai ist
 Herr Stadtrat a. D.
Paul Philipp
 verschieden.

Er hat vom 17. Januar 1918 bis zum
 Ablauf der Wahlperiode am 19. Sept. 1920
 dem Magistratskollegium als unbesoldeter
 Stadtrat angehört und unter anderem
 namentlich auf dem Gebiete der Kohlen-
 beschaffung vermöge seiner Fachkenntnis
 und kaufmännischen Fähigkeiten mit vor-
 bildlichem Fleiße sich betätigt und der
 Stadt sehr wertvolle Dienste geleistet.

Er war mit seinen reichen Erfahrungen
 ein guter Berater, mit seiner Güte uns
 und denen, für die er vermöge seines
 Amtes zu sorgen hatte, ein zuverlässiger,
 wohlmeinender Freund. Wir gedenken
 mit Dankbarkeit seines verdienstvollen
 Wirkens und werden unserem lieben
 Mitarbeiter ein treues Andenken bewahren.

Breslau, den 6. Juni 1929
Der Magistrat
 der Hauptstadt Breslau.

Schauspielhaus
 Operettenbühne Tel. 36300
 Täglich 20 Uhr
Gastspiel
 des Kammerjägers
Serge Abranovic
Friederike

Samereien
 Vogelfutter
 Futtermittel
Richard Schwella
 Matthiasstraße 165
 Ecke Weinstraße 85

Stadttheater Breslau
 (Opernhaus)
 Freitag, 20 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie H 20
Sar und Zimmermann
 Sonnabend, 20 Uhr
Gavalleria russiana
 hierauf
Der Bajazzo
 Sonntag, 20 Uhr
Madame Butterfly

„DIE ROTEN BLITZE“
 spielen in ihrer neuen Revue
„So sch'n Sie aus“
 In nächster Zeit in Breslau!!!

Deine Einkäufe
 mache bei Inserenten dieser Zeitung!
 Die anderen wollen Dein Geld nicht!

Trinkt
Leclnver, Vitavin
 in allen Apotheken und Drogerien erhältlich
Alois Henschel & Co.
 Breslau, Brunnenstr. 34 u. Tauentzienplatz 6

Fahrräder Dkt. Görlicke
 Viktoria
 bequeme Teilzahlg. Reparaturwerkstatt
U. Schneider, Matthiasstr. 205

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd. 0.90—1.20
Schweinschnitzel	1.50
Schweinefleisch	1.50
Rindfleisch v. Knoch.	Pfd. 1.10—1.30
Suppenfleisch	0.80—1.00
Kalbsteck n. Knoch.	1.10—1.30
Kalbsteck v. Knoch.	1.30—1.60
Rinderfleisch	1.30—1.40
Hühnerfleisch	1.20—1.30
Freische Schweinehälften	Pfd. 0.40
Freischer Speck (deutsch)	1.00
Schweinefleisch (deutsch) siebenfett	1.00
Gulaschfleisch	Pfd. von 0.80 an
Gehacktes	Pfd. von 0.70 an
Lungenfett	0.80
Gepökelte Eisbeine	0.85
Räucherfleisch (deutsch)	Pfd. 1.10
Gehackter Schinken	1/4 Pfd. 0.55
Röser Schinken	1/4 Pfd. 0.55
Lachsfilet	1/4 Pfd. 0.65
Prepott, Mortabella	1/4 0.25
Metzwurst	1/4 0.30
Fraunschweiger	1/4 Pfd. 0.25—0.35
Leberwurst	1/4 Pfd. 0.30—0.40
Höllische	Pfd. 0.80—1.00
Knoblauchwurst	Pfd. 0.60—0.80
Feinster Aufschnitt	1/4 Pfd. 0.45
Geräucher. Bratwurst Paar	0.20—0.30

sowie alle anderen Fleisch- u. Wurst-
 waren zu billigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
 Fleischeri und Wurstfabrik, Breslau
 Mittelstraße 13 / Fernspr. 25 669

P. Pohl
 Beste und billigste Bezugsquelle
 ff. Schokolade
 Kakao — Konfitüren
 Lebkuchen und Honigkuchen
 Kekse — Waffeln und Zwieback
 Verkaufsstellen
 in allen Stadtteilen Breslaus

Diamant-Görlicke-
Triumph-, Presto-
Fahrräder
R. Kühn
 Herdainstraße 28
 Ecke Arletiusstr.
 Reparaturwerkstatt
 Günstige Teilzahlung

Schaefer-Einreibung
 berühmt und bewährt bei Rheumatismus
 und Nervenschmerz, wird nach einem
 alten Original-Rezept in meinem La-
 boratorium hergestellt in Flaschen zu
 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen.-Apoth. Münster-
 berg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

Franz Potstada Hirschberg
 Außers Bergstr. 3
 Red-Fleisch- und Wurstwaren

Kolonialwaren, Zigarren und Zigaretten
Fritz Püschel
 Hirschberg, Sechsstätte Nr. 10 a

Sie decken Ihren Bedarf in
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
 vorteilhaft
 im Sortimentslager
Karl Brendel
 Gottesberg, Markt 12

Fleisch- und Wurstwaren
Otto Radtke
 Schweidnitz / Frühstückstube

WOMMESSE.
Sonnabend

Morgen den 8. Juni
 bei **LEONHARD AKTIEN-GES.**

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Damenputz | Strümpfe | Herrenartikel |
| Baskenmützen II. Wahl,
in allen Weiten und verschied.
Farben 95 | Damenstrümpfe Wasch-
kuns., Doppelsohle, Hochferse 75 | Herr.-Einstoffkragen
halbsteif, mod. Sommerform 0.95 50 |
| Regenkappen aus cover-
coatartigem Stoff, flotte Form, 95 | Damenstrümpfe echt
Mako, Doppelsohle, Hochferse 75 | Selbstbinder Crêpe de
Chine reine Seide, lange Sport-
form 1 05 |
| Baskenmützen Chenille,
in neuen, bunten Farben..... 1 45 | Damen-Strümpfe
Waschkunstseide, Doppelsohle,
Hochferse, besonders preiswert,
fehlerfrei 1 25 | Herren-Socken neueste
Jacquard-Musterung 0.95, 0.65
Einfarbig und gemustert, z. Teil
Jacquard, nahtlos 45 |
| Waschsüdwester gefüt.
in verschied. Größen, 1.95, 1.75 1 25 | Seidenflor, hervorragende
Qualitäten, mit unmerklichen
Schönheitsfehlern 1 25 | Herren-Netzjacken
1/2 offen m. Besatz, z. Teil ver-
stärkte Schuhern 95 |
| Duveline - Südwester
für Kinder mit Seidenunter-
fütterung..... 1 95 | Seidenflor Ersatz f. Seide,
kräftige Qualität 1 45 | Herr.-Einsatzhemden
feinfäd. Rumpftrikot m. Popeline-
Einsätzen 1 45 |
| Bobby-Kappen
aus Waschstoff prima Ver-
arbeitung, mit gestepptem Rand, 1 95 | Waschkunstseide platt,
gute Strapazierqualität 1 65 | Sportoberhemden hell-
farbig Oxford, m. weich. Kragen
u. Selbstbinder z. gleichem Stoff 7 00 |
| Mephisto-Kappen für
Reise u. Sport in allen bunten
Farben..... 1 95 | Waschkunstseide
besonders feinfädige Qualität,
fehlerfrei 1 85 | |
| Modewaren | Badewäsche | Sportartikel |
| Gürtel imitiertes Wildleder
in modernen Farben 4 cm
breit 0.65 2 cm breit 45 | Frottier-Handtuch aus
gestreiften Frottierstoffen 0.78 50 | Rucksäcke für Kinder mit
Tasche und Lederriemen 1.35, 70 |
| Kleiderwesten in Crêpe
de Chine und Voile in ver-
schiedenen Formen 1 50 | Badelaken gute Jacquard-
Qualität 1.25, 60 4.90, 100/150 3 95 | Rucksäcke mit Tasche 50/44
groß 3.25, mit Regenklappe 2 00 |
| Crêpe de Chine-Schals
in aparten Farben und Mustern
ca. 25 cm breit 1 25 | Bade-Anzug hübsche,
moderne Farben, gutsitzende
Form 3 95 | Isolierflaschen rein Alu-
minium bes. kräftige Ausfüh.
1/2 Liter 1.35 1/4 Liter 1 10 |
| Kapuziner-Kragen aus
feiner Tüllspitze, hübsch. Muster 2 50 | Bade-Capes aus bunt
gestreiften Frottierstoffen 11.50 8 90 | Zeltbahn vorschriftsmäß.
Größen 160x160 12.00 10 50 |
| | Badekappen aus Gummi
Baskaform, gute Qualität 0.75 35 | |

Montag, Dienstag, Mittwoch Schlußtage

Schuh-
 waren
 kaufen Sie gut und
 preiswert
 bei
J. Koschany
 Liegnitz
 Haynauer Straße 6

Inserate
 in unserer
 Zeitung
 haben
 größten
 Erfolg

Wir liefern
 Plakate
 Briefbogen
 Rechnungen
 Programme
 Einladkarten
 Flugblätter
 Werke
 Zeitungen
 Zeitschriften
 Rotationsdruck
 Massenaufgaben
 prompt und
 preiswert

PEUVAG
 Papier-Erzeugung
 und Verwertung
 Aktien - Gesellschaft
 Berlin
 Fil. Braunau
 Trebnitzer Str. 50